



Aus dem Inhalt:

Zum Gedenken an Cemal Kemal Altun

Ohne Lobby
Ein Antidiskriminierungsgesetz für Deutschland

Der Einwanderungsdiskurs nach dem 11.9.2001

Interview mit Gerhard Bäcker zum Aufruf „Sozialstaat reformieren statt abbauen“

Tagung des Verfassungsschutzes NRW zur Neuen Rechten

Die Rede Martin Hohmanns

Die Rechte und der Sozialabbau

Die Normalisierung der Armut

Noch gehören Armut und Verarmung nicht zu den normalen Lebensrisiken. Sozialabbau ist weiterhin unpopulär. 100.000 demonstrieren in Berlin dagegen. Nur noch 23 % der Bevölkerung wollen die SPD wählen. In den O-Tönen in Rundfunk und Fernsehen und in den Leserbriefspalten regiert die Wut: Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten!

Warum veranstaltet die SPD heute ein Reformwerk, das ihre Umfragewerte in den Keller drückt, ihre Parteimitglieder aus der Partei treibt und wütende Proteste hervorruft?

Ganz einfach: Sie denkt an morgen. Schröder hat angekündigt, dass er nach 2006 weiterregieren will. Dafür hat er eine Strategie, die ihm bis zur nächsten Bundestagswahl die Wiederwahl sichern könnte: die Normalisierung der Armut. Die Strategie hat vier Elemente: Unterscheidung, Anerkennung, Gerechtigkeit und Nutzen. Ursula Kreft und Hans Uske erklären auf den Seiten 11-15, wie sie funktioniert.

Impressum

Das DISS-Journal wird herausgegeben vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 20249
Fax: 0203 / 287 881
e-mail: diss@uni-duisburg.de
<http://www.uni-duisburg.de/DISS>

Druck:
Rosch Buch-
Druckerei, Scheßlitz

„Zuflucht gesucht - den Tod gefunden“ Zum Gedenken an Cemal Kemal Altun

Heiko Kauffmann

Anlässlich des 20. Todestages von Cemal Kemal Altun am 30. April 2003 fand am Mahnmal in der Berliner Hardenbergstraße eine Gedenkveranstaltung des Flüchtlingsrates, der Internationalen Liga für Menschenrechte, Pro Asyl und „Asyl in der Kirche“ statt.

Cemal Altun war der erste politische Flüchtling in der Bundesrepublik, der sich aus Angst und Verzweiflung vor Abschiebung und Auslieferung in einen Folterstaat das Leben nahm. Sein

Tod 1983 war ein Fanal, ein die Republik und die Öffentlichkeit bewegendes und erschütterndes Ereignis, das aber in der Politik weder zum Umdenken noch zu einer Humanisierung der Asylpolitik führte. 1993 folgten die schwersten Eingriffe in das Asylrecht mit den repressivsten Maßnahmen gegen Flüchtlinge: Abschiebungsgefängnisse und Abschiebungshaft. Seitdem starben weit über 100 Menschen in Abschiebehaft oder aus Angst vor der Abschiebung – zuletzt Lewon A., ein abgelehnter Asylbewerber aus Armenien, der sich – verzweifelt und zermürbt vom deutschen Asylrecht – am ‘Tag des Flüchtlings’, dem 3. Oktober, mit Benzin übergoss und anzündete und an den Folgen seiner Verbrennungen verstarb. Er lebte seit 10 Jahren in Deutschland, hinterlässt eine Frau mit drei Kindern, denen weiter die Abschiebung droht. Pro Asyl fordert von den Verantwortlichen ein Ende der ‘ausländerpolitischen Gnadenlosigkeit’ mit brutalen Abschiebungen

und Familientrennungen, die zu einem Klima der Angst unter denjenigen beigetragen haben, die oft seit vielen Jahren mit einer Duldung in Deutschland leben. Gefordert ist jetzt der Einsatz aller Parteien für eine humane Bleiberechtsregelung, die Menschen mit langjährigem Aufenthalt in Deutschland absichert.

Das DISS-Journal dokumentiert die Ansprache von Heiko Kauffmann, Pro Asyl, am Mahnmal von Cemal Kemal Altun.



Die Skulptur (Granit) von Akbar Behkalam zeigt einen kopfüber herabstürzenden Menschen mit ausgestreckten Armen – ein Symbol für alle Flüchtlinge, die hierzulande Schaden an Leib und Leben erlitten haben oder erleiden müssen.

Ansprache zum 20. Todestag

von Heiko Kauffmann (PRO ASYL), Berlin 30. August 2003

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ (Art. 1 (1) GG)

„Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.“ (Art. 2 (2) GG)

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich ... Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ (Art. 3 (1), (3) GG)

Im Umgang mit Flüchtlingen und Minderheiten in Deutschland wurde und wird unschwer erkennbar, dass im Grundgesetz festgeschriebene Grundrechte und einige wesentliche, von der Bundesrepublik anerkannte und ratifizierte Menschen- und Völkerrechtsstandards in vielen Fällen nicht gewährleistet bzw. nicht umgesetzt werden. Die Würde von Flüchtlingen ist antastbar, ihre Freiheit verletzlich und ihre Gleichheit anfechtbar geworden.

Wir sind hier heute zusammengekommen, um Cemal Kemal Altuns zu gedenken, der vor 20 Jahren Opfer dieser Diskrepanz zwischen den von der Verfassung verheißenen Rechten und der Realität ihrer Inanspruchnahme wurde, ein Opfer der zunehmenden Kluft zwischen Recht und Humanität.

Trifft nicht auch heute im Fall vieler 'Abschiebehäftlinge' zu, deren Angst vor Abschiebung identisch ist mit ihrer Angst vor Verfolgung, Folter und Tod, was Peter Doebel am Todestag von Cemal Altun im HEUTE-JOURNAL in seinem Kommentar fragte: „Musste er bei uns an dieser Angst sterben? Steht nicht im

Grundgesetz: Politisch Verfolgte genießen Asyl? Steht da nicht auch, dass hier jeder Mensch die Gerichte zu Hilfe rufen darf? Es steht da. Aber wir müssen darüber nachdenken, warum Cemal Altun diesen Garantien unserer Verfassung nicht getraut hat ... Nachdenken müssen Gesetzgeber, Gerichte, Behörden. Sie alle haben dazu beigetragen, dass klare menschliche Grundsätze unseres Staates unter einer Fülle von Wens und Abers, von Gesetzen und Verordnungen und undurchschaubaren Urteilen bis zur Unkenntlichkeit verschüttet werden.“

Bis heute bleiben Fragen an die deutsche Politik:

Was bleibt von der menschlichen Würde, wenn man Flüchtlinge wie Cemal Altun, die ein Grundrecht in Anspruch nehmen, wie Schwerverbrecher gefesselt in Handschellen zur Verhandlung im Widerspruchsverfahren führt, oder wenn „Ausländer“ bis heute von Politikern ungestraft und absichtsvoll pauschal als „kriminell“ und „illegal“ herabgesetzt oder instrumentalisiert werden können, in jene, „die uns nützen“, und jene, „die uns ausnützen“ (Beckstein)?

Was bleibt von der unverletzlichen Freiheit, wenn man Flüchtlinge wie Cemal Altun in über 13 Monaten Auslieferungshaft zermürbt oder wenn bis heute Flüchtlinge, die keine Straftat begangen haben, bis zu 1 ½ Jahren in Abschiebegefängnissen – den dunkelsten Orten unserer Demokratie – in Verzweiflung gestürzt werden?

Was bleibt von den Verfassungsnormen des Gleichheitsgrundsatzes, eines fairen Verfahrens und des Diskriminierungsverbots, wenn man – wie im Fall von Cemal Altun – Militärdiktaturen

Akteneinsicht und Amtshilfe gewährt oder wenn man bis heute Flüchtlinge in Zwangsvorfürungen Botschaftsangehörigen oder Vertretern von Unrechtsregimen zum Verhör in quasi „rechtsfreien Räumen“ überlässt?

Was bleibt vom Bestreben der Verfassungsväter und -mütter mit dem alten, unversehrten Artikel 16, Recht auf Asyl neue Maßstäbe internationaler Humanität und einer menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik zu setzen – angesichts der Maxime deutscher Flüchtlingspolitik, von Zimmermann über Kanther bis hin zu Schily, Flüchtlinge abzuschrecken, ihnen den Zugang zu verwehren oder sie so schnell wie möglich wieder los zu werden, egal wohin mit allen Mitteln, um fast jeden Preis?

Wenn ein Staat, der in seiner Verfassung ein kategorisches Nein zu Folter, Todesstrafe und unmenschlicher Behandlung sagt, bereit ist, wehrlose Menschen in seiner Obhut an Staaten auszuliefern, in denen ihre Unversehrtheit nicht gewährleistet ist, macht er sich mitschuldig. Nicht nur der Staat, der foltert, verletzt die Menschenrechte. Auch der Staat, der bereit ist, wehrlose Menschen in Staaten abzuschleppen, in denen ihnen Haft, Folter, Verfolgung, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder die Todesstrafe drohen, verletzt die Menschenrechte. Das galt vor 20 Jahren und das gilt auch noch heute.

Cemal Kemal Altun ist als jugendlicher Oppositioneller nach Deutschland gekommen, der sich in seiner Heimat schon als Schüler für Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte eingesetzt hat. Er konnte und wollte nicht begreifen, dass der Staat, in dem er Zu-

flucht suchte, die Demokratie, auf die er seine Hoffnung setzte, bereit war, ihn an sein Verfolgerland auszuliefern; er konnte nicht glauben, dass die deutschen Behörden und die deutsche Politik eher bereit waren, mit den Behörden einer Militärdiktatur zusammenzuarbeiten und den Vertretern seines Verfolgerlandes mehr Glauben zu schenken als den Beteuerungen eines Flüchtlings, der von jenen verfolgt wurde, weil er allen Repressalien und Verboten zum Trotz mit gewaltfreien Mitteln aktiv im Untergrund gegen den faschistischen Staatsterror kämpfte.

Cemal K. Altun, dessen Tod 1983 von den verantwortlichen christdemokratischen Regierungspolitikern, von Kohl bis Zimmermann, als „bedauerlicher Einzelfall“ bezeichnet wurde – quasi als ‘Schicksalsschlag’ oder ‘höhere Gewalt’, wofür niemand Verantwortung trage, denn alles war ja ‘nach Recht und Gesetz’ zugegangen – Cemal K. Altun war nur der *erste* von inzwischen weit über 100 Flüchtlingen, die sich aus Angst und Verzweiflung vor ihrer Abschiebung in das gefürchtete Verfolgerland selbst töteten. Allein vier Menschen starben an einem 30. August:

- Vor 20 Jahren stürzte sich Cemal Kemal Altun hier aus dem Fenster des Verwaltungsgerichts, wo ein Klageverfahren gegen seine zuvor erfolgte Anerkennung als politisch Verfolgter verhandelt wurde. Die 13monatige Einzelhaft des politischen Flüchtlings war erst durch ein „Auslieferungsangebot“ des Bundeskriminalamtes an den türkischen Staat zustande gekommen.
- Am 30. August 1994 starb der Nigerianer Kola Bankole beim 6. Abschiebungsversuch in einer Lufthansa-Maschine am Frankfurter Flughafen. Der herzkranken Mann

erstickte an einem Knebel. Zuvor wurde er mit Klebeband und Klettbindern an Händen und Füßen gefesselt, „wie eine Wurst verpackt“, mit Skisocken und einem Rolladengurt geknebelt, vom Bundesgrenzschutz in das Flugzeug getragen und mit gespritzten Psychopharmaka „ruhiggestellt“.

- Am 30. August 1999 starb Rachid Sbaai in einer Arrestzelle der JVA Büren.
- Bei dem Versuch, aus der Abschiebehaft zu fliehen, stürzte der 28 Jahre alte Mongole Altankhou Dagwasoundel in der Nacht zum 30. August 2000 in Köpenick in den Tod.

Wir gedenken ihrer und fordern gleichzeitig von der Politik und der Bundesregierung, die gesamte skandalöse Praxis der Abschiebehaft auf den Prüfstand zu bringen. Diese Praxis gehört abgeschafft. Die Gewöhnung an Unrecht muss endlich ein Ende haben.

Sie alle hätten nicht sterben dürfen – und sie hätten nicht sterben müssen –, wenn rechtsstaatliche und menschenrechtliche Grundsätze und Menschlichkeit den Umgang Deutschlands und seiner Behörden gegenüber Flüchtlingen bestimmen würden und nicht eine rechtlich abgesicherte, ‘demokratisch’ legitimierte Erniedrigung von Menschen. Freiheitsentzug ohne Straftatbestand, das gesamte gegenwärtige System der Abschiebehaft ist für einen sich als rechtsstaatliche Demokratie definierenden Staat in jedem Fall wohl das eklatanteste und empörendste Beispiel eines institutionellen staatlichen Rassismus in Deutschland.

Diese Toten im Abschiebe-Gewahrsam oder aus Angst vor ihrer Abschiebung sind nicht nur Folge verschärfter Asylgesetze durch die Vorgängerregierung;

sie werfen vielmehr auch ein grelles Licht auf die Kontinuität einer Politik der Abwehr, Ausgrenzung und Kriminalisierung von Flüchtlingen unter Rot-Grün. Die über 35 Toten seit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 sind auch eine „Anklage“ gegen die rot-grünen Nachfolger, die sich – wider besseren Wissens und gegen ihre eigenen Versprechungen, u.a. im Koalitionsvertrag von 1998 – bisher zu keiner Korrektur an diesem zermürbenden und tödlichen System der Abschiebehaft und der Abschiebep Praxis durchringen konnten.

Die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, wie sie heute sowohl von der Regierungskoalition wie von der Opposition konzipiert wird, soll einerseits Rassismus zurückdrängen, andererseits produziert diese Politik immanent ständig Rassismus, vor allem in Gestalt des institutionellen Rassismus, der über ‘Sonder’-Gesetze, Maßnahmen, Verordnungen und Erlasse – also scheinbar nach Recht und Gesetz, demokratisch legitimiert – daherkommt und zu Rechtlosigkeit, Armut, Krankheit, Retraumatisierung, Fremdbestimmtheit, zu Ablehnungen und Anfeindungen, in Verzweiflung und Perspektivlosigkeit führt.

Von einem Innenminister, der glaubt, Rassismus und Rechts extremismus allein durch die Zivilcourage der Bürger/Innen eindämmen zu können, ist zumindest selbst soviel an eigener Courage zu erwarten, dass er – als Innenminister – wenigstens das hält, was er als oppositioneller Abgeordneter versprochen hatte: „... Abschiebehaft muss rechtsstaatlichen und humanitären Grundsetzen genügen. Leider entspricht die gängige Abschiebep Praxis diesen Anforderungen allzu häufig nicht. Das müssen wir ändern. Nicht zuletzt mahnen uns die tragischen Todesfälle in der Ab-

schiebehaft, die Abschiebepolitik zu überprüfen. Die Menschenrechte sind unteilbar, auch bei uns zuhause.“ (Schily in „Die Woche“, 24.3.95)

Der Tod Cemals war ein „Zeichen an der Wand“, ein letztes verzweifertes Zeichen an die Politik, innezuhalten und umzukehren. Die Verantwortlichen haben dieses Zeichen nicht verstanden und keine Lehren aus seinem Tod gezogen. Die verhängnisvolle institutionelle Maßnahmepolitik gegen Flüchtlinge nahm ihren unheilvollen Lauf. Die deutsche Asylpolitik ist für viele Flüchtlinge zum Inbegriff einer amtlich legitimierten Herabsetzung und „Entwürdigung“ von Menschen geworden – Ausdruck einer demokratisch abgesicherten, rechtlich verbrämten Menschenverachtung.

Der Kampf gegen Rassismus, der Schutz der Menschenwürde beginnt bei den Rahmenbedingungen, bei den politischen und rechtlichen Vorgaben für bzw. gegen Flüchtlinge und Minderheiten und Migrant/Innen in diesem Land. Erst die Defizite und Mängel in diesem Bereich, das Wegsehen, Verdrängen und Bagatellisieren der Politik ermutigen rechtsextremistische Täter und geben ihnen das Gefühl, in Übereinstimmung mit einem Mehrheitskonsens zu handeln. Um die Schutzlosigkeit und Rechtlosigkeit der Flüchtlinge zu überwinden, ist die Politik deshalb gefordert, durch gesetzgeberische Maßnahmen sicherzustellen, dass sie niemals mehr als Menschen zweiter Klasse behandelt werden können.

Deshalb müssen wir heute erkennen, dass auch die Demokratie, der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat brüchig wird, wenn Schutz und Hilfe suchende Menschen das, was ihnen in Deutschland nach der Flucht widerfährt, als unerwartete Fortsetzung erlebter Schikanen und Verletzungen im Herkunftsland

erfahren müssen. Eine Demokratie wird brüchig, wenn einem politischen Flüchtling sein Tod in diesem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat als letzter und einziger Weg in die Freiheit erscheint.

Es ist an der Zeit, dass die Zivilgesellschaft bewusster, hellhöriger, sensibler, wachsamer und widerständiger wird, wenn mit den Mitteln des Rechts oder durch rassistisch geprägte Sondergesetze die systematische Ausgrenzung von Menschen betrieben wird. Cemal Altuns Tod mahnt uns noch entschiedener und offensiver, die Strukturen und Mechanismen von Ausgrenzungs- und Diskriminierungsstrategien anzuprangern und zu bekämpfen, auch wenn sie von der Politik verschleiert, geleugnet und mit dem Hinweis auf Mehrheitsentscheidungen auch noch gerechtfertigt werden.

„Die Ignoranz der Justiz und der Opportunismus der Bundesrepublik Deutschland waren stärker als sein Durchhaltevermögen und unser Engagement“ hieß es in der Traueranzeige für Cemal Kemal Altun. Im Gedenken an Cemal Altun und Hunderte von Flüchtlingen, welche in Deutschland Freiheit und Zuflucht suchten und den Tod gefunden haben, erklären wir: Wir werden mit aller Entschiedenheit gegen den rassistischen Bazillus in Politik und Gesellschaft kämpfen und niemals mehr zulassen, dass sich die Ignoranz von Politik und Justiz und der Opportunismus der politisch Verantwortlichen gegen die Menschenwürde und die Menschenrechte durchsetzen können!

Cemal Kemal Altuns Vermächtnis ist und bleibt uns Verpflichtung im Kampf um eine bessere Welt, für Demokratie und Menschenrechte gegen jede Form eines offenen und institutionellen Rassismus und für eine humane Flüchtlingspolitik!

Ossietzky

Wenn tonangebende Politiker und Publizisten die weltweite Verantwortung Deutschlands als einen militärischen Auftrag definieren, den die Bundeswehr zu erfüllen habe, dann widerspricht *Ossietzky*... Wenn sie Flüchtlinge als Kriminelle darstellen, die abgeschoben werden müßten, und zwar schnell, dann widerspricht *Ossietzky*... Wenn sie Demokratie, Menschenrechte, soziale Sicherungen und Umweltschutz für Standortnachteile ausgeben, die beseitigt werden müßten, dann widerspricht *Ossietzky*... Wenn sie behaupten, Löhne müßten gesenkt, Arbeitszeiten verlängert werden, damit die Unternehmen viele neue Arbeitsplätze schaffen, dann widerspricht *Ossietzky* – aus Gründen der Humanität, der Vernunft und der geschichtlichen Erfahrung.

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als

- Jahresabo zu € 52,-
(Ausland € 84,-)
- Halbjahresabo zu € 29,-

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Vordere Schöneporth 21 · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

Ohne Lobby

Ein Antidiskriminierungsgesetz für Deutschland

Hartmut Reiners

Rechtliche Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung sind Menschenrechte und damit Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft.

In diesem Sinne hat die Europäische Union ein deutliches Signal zur Verbesserung des Rechtsschutzes der von Diskriminierung Betroffenen gesetzt. (Dies geschah auf der Grundlage des Artikels 13 des EG-Vertrages in der Fassung des Amsterdamer Vertrages mit den EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung „ohne Unterschiede der Rasse¹ oder der ethnischen Herkunft“ (Richtlinie 2000/43/EG) sowie zur „Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ (Richtlinie 2000/78/EG).)

Doch tut sich die Bundesregierung schwer mit der Umsetzung in die deutsche Gesetzgebung (Fristen: 19.7. und 10.12.2003). Bisher gab es lediglich einen kabinettstreifen Gesetzentwurf zur Verhinderung von Diskriminierung im Zivilrecht (Dezember 2001), der am Widerstand unterschiedlicher Interessen-

gruppen, wie Kirchen, Versicherungen und Banken, scheiterte. Somit ist Deutschland nach wie vor europäisches Schlusslicht bei der Einrichtung einer umfassenden Antidiskriminierungsgesetzgebung. Dieses gilt insbesondere im Hinblick auf Benachteiligungen durch Privatpersonen aus rassistischen Motiven.

Folgende Instrumentarien sind in den EU-Richtlinien zur Umsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes vorgesehen:

□ Mit der **Beweislasterleichterung** wird der schwächeren gesellschaftlichen Position von Diskriminierungsopfern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung Rechnung getragen.

Die/der Betroffene muss im Streitfall durch Tatsachen glaubhaft machen, dass eine Diskriminierung vorliegt. Dann liegt es an der beschuldigten Person/Organisation zu beweisen, dass seiner-/ihrerseits nicht diskriminiert wurde. Jedoch ist die Glaubhaftmachung für die Betroffenen in der Praxis oft schwierig, z.B. wenn keine Zeugen gefunden werden, die öffentlich aussagen wollen.

□ Daher soll der **Schutz vor Viktimisierung** geregelt werden.

Das bedeutet, dass niemand einen Nachteil erleiden darf, weil er als Kläger oder Zeuge in einem gerichtlichen Verfahren oder bei einer Beschwerde aufgrund eines Diskriminierungstatbestandes auftritt.

□ Ebenfalls müssen Betroffene bei der Durchsetzung ihres Anspruches auf Nichtdiskriminierung die Unterstützung durch Organisationen und Verbände bekommen. Durch das **Verbandsklagerecht** wird ihnen die Möglichkeit gegeben, Klage einzureichen. Sie können sowohl als Vertreter einzelner Betroffener, als auch gegen diskriminierende Maßnahmen generellen Charakters agieren. Dieses Recht soll für alle Verbände/Organisationen gelten, die sich laut Statuten als Interessenvertreter der durch dieses Gesetz geschützten gesellschaftlichen Gruppen verstehen.

□ Die **Sanktionierung** von Verstößen gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz muss verhältnismäßig, wirksam und vor allem abschreckend sein.

Diese beinhaltet ausdrücklich die Leistung von Schadensersatz an Betroffene, wenn sich die Beschuldigten dem Gleichbehandlungsgrundsatz entziehen.

□ Zusätzlich zu den beschriebenen Maßnahmen soll eine **Normbereinigung** durchgeführt werden.

Das bedeutet, dass alle geltenden (gesetzlichen) Regelungen, Verträge, Satzungen etc. darauf hin überprüft werden müssen, inwiefern sie diskriminierenden Inhalts sind, und dementsprechend abgeschafft oder verändert werden müssen.

¹ Der Begriff „Rasse“ ist insbesondere in einem Antidiskriminierungsgesetz fehl am Platz und sogar Teil des Problems, zumindest im deutschen Sprachraum. Im internationalen, besonders im englischsprachigen Sprachgebrauch wird „Rasse“ als politische Kategorie verwendet und bezeichnet die Zielgruppe von Rassismus und fand deshalb Eingang in den Richtlinienentwurf. Im deutschsprachigen Raum hingegen wird Rasse ausschließlich als biologisches Konzept verwendet. Die Verwendung des Begriffes stellt somit die Übernahme einer rassistischen Position dar. Für die Umsetzung in die deutsche Gesetzgebung ist eine Aufzählung rassistischer Diskriminierungsmerkmale vorzunehmen wie z.B. Hautfarbe, Sprache oder äußere Erscheinung vorzunehmen.

ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ



Die Richtlinie 2000/43/EG weist die eklatante Schwäche auf, dass sie die Diskriminierung von Nicht-EU-Ausländern aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Aufenthaltstatus nicht abdeckt. Somit bleibt die Existenz des Ausländergesetzes mitsamt der rassistischen Abschiebep Praxis davon unberührt.

Gleichwohl gibt es zur Schaffung eines wirksamen Schutzes vor Diskriminierung, der sich auf nahezu alle sonstigen gesellschaftlichen Bereiche bezieht, keine Alternative. Sie kann einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarmachung und Bekämpfung des in Deutschland immanenten strukturellen Rassismus leisten.

Dennoch ist es der Bundesregierung bisher nicht gelungen,

die EU-Richtlinien auch nur in einem Rechtsbereich umzusetzen. Dieses liegt in der mangelnden Interessenvertretung der in den Richtlinien genannten Gruppen, insbesondere der Migrantinnen und Migranten begründet.

Die allgemeine Akzeptanz der rassistisch motivierten Kampagne gegen die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechtes im Jahre 1999, aber auch die bisherige Verhinderung des kommunalen Wahlrechtes für Ausländer zeigen, dass der Teilhabe und Gleichstellung von Minderheiten als grundlegendes Postulat für eine gerechte Gesellschaft in Deutschland kaum Bedeutung beigemessen wird. Damit einhergehend ist die nachhaltige Förderung einer ei-

genständigen Struktur von Antidiskriminierungsarbeit nicht vorhanden und politisch offensichtlich nicht opportun. Somit ist auch nicht verwunderlich, dass aus der Perspektive der potentiell Betroffenen Diskriminierung ein Alltagsphänomen ist, mit dem es sich zu arrangieren gilt, ohne den Rechts- oder auch nur den Beschwerdeweg einzuschlagen. Eine politische Mobilisierung gegen Diskriminierung als Verletzung von Menschenrechten und Verhinderung von Partizipation ist in nur sehr geringem Maße festzustellen.

Somit ist die Lobby gegen ein Antidiskriminierungsgesetz erheblich besser organisiert als das Engagement für entsprechende Regelungen zur Umsetzung des völkerrechtlich formulierten Gleichbehandlungsgrundsatzes.

Um einen Beitrag zur größeren Verbreitung der Kenntnis der EU-Antidiskriminierungspolitik und ihrer Bedeutung für die deutsche Gesellschaft zu leisten und Druck auf die Bundesregierung zur zügigen und umfassenden Umsetzung auszuüben, haben die Antidiskriminierungsstellen in NRW die Kampagne „Leben ohne Rassismus“ Antidiskriminierungsgesetz jetzt!“ gestartet.

(Mehr Informationen unter www.NRWgegenDiskriminierung.de)

Hartmut Reiners, Diplom-Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter im Antidiskriminierungsprojekt (Gefördert vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW) vom Anti-Rassismus Informations-Centrum, ARIC-NRW e.V. (www.aric-nrw.de)

Paradoxe Entschärfungen im Interesse der Nation

Der Einwanderungsdiskurs nach dem 11.09.2001¹

Siegfried Jäger

Es ist vielfach vermutet worden, dass sich der Einwanderungsdiskurs nach den Terroranschlägen vom 11.09.2001 erheblich verschärfen würde. Befürchtet wurde, dass sich dieses schreckliche Ereignis auf das allgemeine Bild der Einwanderer, insbesondere islamischer Herkunft, äußerst negativ auswirken würde.

So heißt es etwa im jüngsten Jahresbericht der „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (EUMC) (laut FR vom 11.12.2002), die „Fremdenfeindlichkeit“ nehme in Europa zu, die Medien berichteten oftmals wenig differenziert über Ausländer und tolerierten rechtsextremistische Äußerungen. Fremdenfeindlichkeit habe nach dem 11.09.2001 in der EU „wegen der verstärkten Angst vor dem Islam neue Dimensionen“ angenommen. Journalist/innen seien oft dazu übergegangen, „Spannungen zwischen inländischen und ausländischen Schichten der Bevölkerung“ zu schüren und damit „Unsicherheit und Polarisierung“ zu verstärken. Sensible Themen wie Asyl und Einwanderung würden von den Medien „hitzig“ und „sensationlüstern“ aufbereitet. Viele Journalist/innen präsentierten Bilder, die Ressentiments verstärken: Frauen mit Kopftüchern oder Kinder auf dem Weg zur Koranschule. Begriffe wie 'Einwanderungswelle' fielen, Bilder von „bedrohlichen Menschenmengen“ träten zu Hauf auf.

Diese Feststellungen der Wiener Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gelten bei verschiedenen Konjunkturen für die Zeit zwischen 1980 und 1998 durchaus, wie auch unsere Analysen zu Politik, Medien und Alltag gezeigt haben. Doch für die Entwicklung des Themas Einwanderung nach dem 11.09.2001 lohnt eine differenziertere Betrachtung!²

¹ Zusammenfassung eines Vortrags auf dem 9. Bundeskongress für politische Bildung am 07.03.2003 in Braunschweig. Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse eines diskursanalytisch verfahrenen Projekts ist in Planung.

² Diese beruht auf der Beobachtung von mehreren großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen, die im Zeitraum nach dem 11.09.2001 bis in die Gegenwart erschienen sind, insgesamt etwa 1000 Artikel zu den Themen Terror einerseits und Einwanderung andererseits.



Nach dem 11.09.2001 gibt es zu den Diskurssträngen „Terror“ und „Einwanderung“ die folgenden Themenschwerpunkte:

1. Die Berichterstattung zum Anschlag selbst und zur Gefährlichkeit und zu den Netzwerken des Terrorismus in der ganzen Welt, insbesondere aber auch mit Bezug auf Deutschland,
2. das neue Einwanderungsgesetz,
3. die vor dem 11.09.2001 abgehandelten Themen (Kosten, Abschiebung, Kriminalität etc.) tauchen allesamt in der einen oder anderen Variante immer wieder auf, was auch nicht wundert, denn einmal etablierte Diskurse brechen nicht einfach ab, sondern sie verfügen in der Regel über eine ziemliche Stabilität.

Das Thema Terror beherrschte seit dem Anschlag in New York und Washington die Medien in der einen oder anderen Form durchgängig und zieht sich bis in die unmittelbare Gegenwart durch. So

widmen sich jeweils etwa 10 Ausgaben von SPIEGEL und FOCUS mit Titel und Titelthema dem Thema „Terror/Terroristen und ihre Bekämpfung“ (ohne die Titel zu Afghanistan und Irak). Einhellig wird der Terror gebrandmarkt, und ein dahinter stehender religiöser Fanatismus konturiert das Feindbild Islam.

Doch es werden auch eher moderate Töne laut, selbst in der BILD-Zeitung. Hier heißt es wenige Tage nach den Terroranschlägen, am 16.09.2001, nachdem über Anpöbeleien gegen arabische Menschen in Deutschland berichtet wurde: „Das Letzte, was wir jetzt brauchen, ist ein Kampf der Kulturen. ... Das Allerletzte sind Mit-Christen, die nun zum Feldzug gegen den Islam blasen und den weltweiten Schock nutzen, um auf den Flammen des Infernos von New York ihr heuchlerisches Süppchen zu kochen. In Deutschland gibt es rund 2,7 Millionen Moslems. Sie pauschal mit Terror und Fanatismus gleichzusetzen, widerspricht nicht nur den Tatsachen, sondern auch der zentralen Grundlage des christlichen Glaubens. 'Du sollst nicht falsch Zeugnis reden' ist ein wichtiges der zehn Gebote!“

Das mediale Feindbild gegenüber Moslems und anderen Einwanderinnen in Deutschland hat sich entgegen den Erwartungen vieler nach dem 11.09.2001 somit keineswegs verschärft, im Gegenteil. Das liegt zum einen durchaus auch daran, dass in den Jahren davor, also etwa seit dem Regierungswechsel von 1998 bereits ein moderaterer Diskurs entstanden war. Es gab den von den Medien der Mitte lebhaft unterstützten Aufruf zum Aufstand der Anständigen; es gab eine Fülle von öffentlich unterstützten Initiativen und Projekten gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Damit etablierte sich im Alltag und auch in den Medien ein moderaterer Einwanderungs-Diskurs, der offensichtlich eine gewisse Stabilität erlangte und der nicht mit dem 11.09.2001 plötzlich verschwand. Die vordem zu beobachtenden sensationslüsternen Kollektivsymbole ('Fluten' von Einwanderern, volle 'Boote' etc.), hitzige Feindbilder u.ä. tauchten deutlich seltener auf.

Auch haben die meisten Medien nach dem 11.09.2001 tendenziell vor Alarmismus und Hysterie gewarnt. Zwar verstärkte sich ein Feindbild Islam mit Schwerpunkt auf einem islamistischen Fundamentalismus. Eine den Einwanderungsdiskurs generell verschärfende Verschränkung des Einwanderungsdiskurses mit dem Diskurs Islam und daraus resultierende zusätzliche rassistische Effekte waren jedoch nicht zu beobachten.

Die Zurückdrängung des medialen und damit auch des alltäglichen Rassismus³ hatte jedoch ihren Preis: ein sog. Zuwanderungsgesetz, das Einwanderung so sehr begrenzt, wie es sich rechtskonservative und rechtsextreme Kreise nur wünschen konnten und welches ausländerfeindliche Ressentiments nahezu restlos befriedigte.⁴

Obwohl mit einem Gesetz, das Einwanderung regelt, anerkannt wird, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und obwohl dieses Gesetz durchaus einige wenige Zuzugserleichterungen gegenüber den vorangegangenen Bestimmungen enthält, etwa dass Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung künftig als Flüchtlinge anerkannt und Härtefallkommissionen eingerichtet werden sollen, gibt es aber daneben im Gesetzesentwurf zahlreiche Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Regelungen und Praxen, die ja nun auch nicht sonderlich fortschrittlich waren.⁵

Doch die CDU/CSU forderte nach dem Karlsruher Bescheid, durch den der Gesetzesentwurf vorläufig zurückgestellt wurde, insgesamt 137 Änderungen, bei denen es sich jedoch größtenteils um absolute Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten handelte, die aber den Entwurf nicht im Kern berühren.⁶ Die Absicht ist eindeutig: die Unionsparteien wollen sich das bewährte (Wahlkampf)-Dauerthema nicht nehmen lassen.

Ein erstes Fazit lautet daher: Der rot-grünen Regierung ist es zwar gelungen, das wahlkampf-sensible Thema ein Stück weit zu neutralisieren. So schreibt denn auch Pro Asyl: „Der Bundestagswahlkampf (2002 S.J.) blieb weitgehend frei von fremdenfeindlichen Parolen...“⁷ Dies geschah jedoch zu Lasten demokratischer Einwanderungspolitik.

Ein weiteres Fazit kann gezogen werden: Rassismus ist zwar im öffentlichen Diskurs und im Alltag zurückgedrängt worden; dafür hat er sich aber in der Mitte der Gesellschaft weiter festsetzen können. Wir können davon ausgehen, dass ein institutioneller Rassismus gestärkt worden ist und durch das neue „Einwanderungsbegrenzungs-

³ Dies zeigen auch Alltagsinterviews, die wir 2001 und 2003 durchgeführt haben.

⁴ Vgl. dazu den Mitgliederrundbrief von Pro Asyl vom 14.02.2002.

⁵ Vgl. dazu Keßler 2002. Vgl. auch Pro Asyl 2003.

⁶ Die große Zahl der Änderungsforderungen täuscht über den tatsächlichen Dissens hinweg. Alle diese Forderungen enthalten zwar Verschärfungen, ohne aber den Gesetzesentwurf im Kern zu tangieren.

⁷ In dem Mitgliederrundbrief vom 14.02.2003.



Siegfried Jäger / Franz Januschek (Hg.)

Gefühlte Geschichte und Kämpfe um Identität

268 Seiten, 18,00 EURO, ISBN 3-89771-730-1, 2004

Was eine Nation zu einer solchen macht, ist seit langem Gegenstand wissenschaftlichen und politischen Streits: Inwieweit Abstammung, gemeinsame Geschichte, gemeinsame kulturelle, rechtliche oder gesellschaftliche Ordnungen, gemeinsame Feinde oder auch nur der manifeste Wunsch nach Zusammengehörigkeit dafür entscheidend sind, darüber gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Deshalb lohnt es sich der Frage nachzugehen, wie mit den Fragmenten der entsprechenden Diskurse gegenwärtig umgegangen wird, um kollektive Bindungen herzustellen oder zu bewahren, die die machtvolle Durchsetzung partikularer Interessen befördern und die Perspektive einer einigen Welt behindern. Dabei trifft man auf einen erschreckenden Zynismus, mit dem auf diskursive Muster zurückgegriffen wird, die ihre tödliche Brisanz oft genug erwiesen haben und deren moralische Verurteilung deshalb längst zum pädagogischen Allgemeinut gehört.

Mit Beiträgen von Heinz Brüggemann, Annelie Buntentbach, Björn Carius, Barbara Fried, Xavier Giró, Siegfried Jäger / Margarete Jäger, Franz Januschek, Heiko Kauffmann, Clemens Knobloch, András Kovács, Jürgen Link, Alfred Schobert und Christoph Weller

gesetz“, wie es offiziell bezeichnet wurde, vertieft wird.⁸ Doch gerade dieser Bereich wird in den staatlich unterstützten Aktionen und Initiativen gegen Rassismus weitestgehend ausgespart oder gar geleugnet.

In einem Gutachten zu den Aktivitäten der Bundesregierung heißt es: „Aus der Opferperspektive wissen wir um diskriminierende institutionelle Praktiken in Ausländerbehörden, Asyleinrichtungen, aber auch in Kommunalverwaltungen, Schulen und Kindergärten. Für diese institutionelle Fremdenfeindlichkeit gibt es in den vorliegenden Programmen keine Aufmerksamkeit.“⁹ Sie sind in aller Regel durch Verordnungen und Gesetze gedeckt. Auf diese Weise ist Rassismus in der deutschen Gesellschaft an der Oberfläche abgeschwächt und zumindest teilweise wegnormalisiert und institutionell weiter gestärkt worden.¹⁰ Das ist auch der Grund, weshalb rechtsextreme Parteien in Deutschland keine Chancen haben. In Sachen Einwanderung ist die Politik der ‘Mitte’ inzwischen so konservativ bis rechtslastig, daß Rechtskonservative und Rechtsextremisten damit nicht konkurrieren können.¹¹ Umso wichtiger sind daher auch weiterhin nicht-staatliche Initiativen und Protestformen.¹²

Literatur

Jäger, Margarete / Kauffmann, Heiko (Hg.) 2002: Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland, Duisburg
Keßler, Stefan 2002: Jubeln oder verzweifeln? Flüchtlingsbewegung und Zuwanderungsgesetz, in: M. Jäger/Kauffmann (Hg.) Duisburg, S. 279-288

Lösche, Peter 2003: Europas Sozialdemokraten im Niedergang? Zum Zustand der SPD und ihrer europäischen Schwesterparteien, Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2003, S. 207-216

Lynen van Berg, Heinz / Roth, Roland (Hg.) 2003: Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus, wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Opladen

Pro Asyl 2003: Zuwanderungsgesetz: schlechter als sein Ruf, Frankfurt (Februar)

Roth, Roland (unter Mitarbeit von Anke Benack) 2002: Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Kurzfassung)

⁸ Zum Institutionellen Rassismus vgl. M. Jäger/Kauffmann (Hg.) 2002

⁹ Roth/Benack 2002. Vgl. auch Lynen van Berg/Roth (Hg.) 2003.

¹⁰ Unter Verweis auf das geplante Gesetz dürfte sich zudem die Praxis der Behörden, die mit Einwanderern zu tun haben, weiter verschärfen.

¹¹ Lösche konstatiert als Teil der Begründung für den Niedergang der europäischen Sozialdemokratie: „Themen sind ... angesagt, die sonst von Rechtspopulisten instrumentalisiert werden.“ (Lösche 2003, S. 212) Zu bedenken ist, dass alle rechten Parteien in Europa mit dem Thema Einwanderung punkten.

¹² Ich verweise dazu auch auf den Beitrag von Heiko Kauffmann in dieser Ausgabe.

Die Normalisierung der Armut

Ursula Kreft / Hans Uske

Armut ist bei uns besiegt. Der Sozialstaat hat sie abgeschafft, verbannt in die dritte Welt und in die Geschichten der Großeltern. Dies war bisher einer der Grundpfeiler des deutschen Sozialdiskurses, selbst dann noch, als der Sozialstaat ins Gerede kam. Es ging ja immer noch um seine „Gesundung“, um seinen „Umbau“. Auch die ständigen Warnungen von Oppositionspolitikern vor dem „Sozialabbau“ und vor „Armut“ waren Teil dieses gesellschaftlichen Konsenses. Auf den Wahlplakaten der SPD in den 90er Jahren drohten daher noch Zahnlückenträger vor den unsozialen Folgen der Unionspolitik. Heute findet Rot-Grün nichts dabei, Mut zur Zahnlücke zu zeigen und die Zahnarztkosten für Familien zu vervielfachen. Andererseits: Aus dem „Mut zur Krücke“ wurde - vorerst - nichts. Den Vorschlag des Vorsitzenden der Jungen Union, Hüftoperationen für Alte den Lohnnebenkosten zu opfern, finden fast alle immer noch entsetzlich.

In den Debatten über die Reform des Sozialstaates gibt es weiterhin Streit, Polemik, unterschiedliche Meinungen sowie ein Publikum, das verärgert ist, aber das Feld dieses Meinungsstreites hat sich verschoben und ist aktuell an einem Punkt angekommen, an dem alle Parteien sich vorgenommen haben „den betagten Wohlfahrtsdampfer ‚Deutschland‘ zur Generalüberholung ins Trockendock zu legen.“ (Stern, 43/2003) Dort angekommen, wird aus dem „Skandal Armut“ die Frage: „Armut? – Es kommt darauf an, was man daraus macht!“

Vom Rentner zum Sozialfall

Ein Beispiel: Die Situation älterer Arbeitnehmer hat sich im letzten Jahr deutlich verändert. Durch die Reform der Arbeitsmarktpolitik geraten Gruppen von Arbeitnehmern, die ihre bisherige Lebensplanung auf weitgehende gesellschaftliche Sicherheits-

versprechen aufbauen konnten, gleich mehrfach in Konfrontation mit Verarmungsrisiken.

Im ungünstigsten Fall (wir legen dazu ein Potpourri der bekannten Modelle zugrunde) könnte einem heute 53jährigen folgendes passieren:

- Der Arbeitnehmer ist langjähriges Betriebsmitglied und war unkündbar. Sein Lebensabend schien einigermaßen gesichert. Durch Veränderungen beim Kündigungsschutz kann er nun entlassen werden.
- In der Arbeitslosigkeit angekommen, konnte er bisher zwei Jahre Arbeitslosengeld beziehen. Jetzt nur noch ein Jahr.
- Dann ging es in die Arbeitslosenhilfe, jetzt direkt in die Sozialhilfe.
- Ersparnisse fürs Alter konnten lange geschützt werden. Jetzt werden sie sofort und verschärft auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet.
- Früher gab es zur Not Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Qualifizierungsmaßnahmen, die den Rutsch in die Sozialhilfe aufhielten oder revidierten. Auch das fällt weg.

- Früher war die Frühverrentung möglich. Jetzt droht dem Arbeitslosen möglicherweise ein Rentenalter von 67 Jahren oder mehr. Bis dahin muss er sich unter Umständen mit Sozialhilfe begnügen und auf die Rente warten.
- Dort angekommen, konnte er sich früher auf eine Rente freuen, die seinen Lebensunterhalt weitgehend gedeckt hat. Jetzt, wo er nichts mehr eingezahlt hat und die privaten Notgroschen vom Staat kassiert sind, kann der dann verarmte Ältere nur mit einer Sozialhilfe-Rente rechnen, deren Höhe auch immer weiter abgesenkt wird.

Auch früher gehörten 53-jährige aus der Arbeitswelt ausgemusterte Menschen zu den „Überflüssi-



gen“, sie wurden aber mit Hilfe sozialpolitischer Praktiken in den „verdienten Ruhestand“ überführt, durch Sozialplanregelungen, Frühverrentungsmodelle, auf diese Situation zugeschnittene Regeln beim Arbeitslosengeld usw. Die alte Sozialpolitik hat sie als Rentner behandelt. Die neue „Agenda-Sozialpolitik“ sieht in ihnen nur noch kostentreibende Sozialfälle, die selber schauen müssen, wie sie zurechtkommen. Armut ist zwar nicht das Ziel dieser Sozialpolitik, wohl aber einer ihrer Effekte. Damit dies möglich ist, müssen Verarmungsrisiken normalisiert werden. Armut, bisher nur als Lebensform der Menschen in den Sozialhilfeghettos, der Gestrandeten und Gestrauchelten an den Rändern der Gesellschaft akzeptiert sowie als Lebensform allein erziehender Mütter (die zu 28,1% Sozialhilfe beziehen) und deren Kinder, muss in allen Bereichen der Gesellschaft normal werden. Oder anders gesagt: Es geht um eine neue Form der gesellschaftlichen Wiedereingliederung der aus der Wirtschaft Ausgeschlossenen.

Die wirtschaftlichen Gründe moderner Verarmungsprozesse

In seinem Aufsatz „Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs“ warnt Robert Castel davor, den Begriff der „Exklusion“ ins Zentrum der Analyse gesellschaftlicher Ausschlussprozesse zu stellen. „Von Ausschluss zu sprechen heißt, eine völlig negative Benennung anwenden, die einen Mangel bezeichnet, ohne zu sagen, worin er besteht und woher er kommt.“ (Castel 2000, S.12) Tatsächlich haben moderne Ausschlussprozesse ihren Grund in tiefgreifenden Veränderungen von Wirtschaft und Arbeit:

- Die Ablösung tayloristischer Produktionskonzepte, die seit den 70er Jahren diskutiert und praktiziert wird, verlangt einen anderen Typ von Arbeit: Der industrielle Massenarbeiter, der nach Anweisungen Detailarbeiten verrichtet, wird ersetzt durch den „selbständigen“ Arbeitnehmer, der Zielvereinbarungen umsetzt. Einfache, angelernte (und daher austauschbare) Arbeit wird immer weniger nachgefragt. Sie wird tendenziell überflüssig.
- Damit einher geht die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Es löst sich auf zugunsten neuer, häufig ungeschützter Arbeitsformen (befristete Beschäftigung, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, (Schein)-Selbständigkeit). Diese Beschäftigungsverhältnisse produzieren neue Verarmungsrisiken.
- Schlanke Produktionskonzepte, die sich aufs Kerngeschäft konzentrieren und den Rest als

Dienstleistungen einkaufen, verändern die Unternehmenslandschaft. Immer mehr Tätigkeiten werden an Sub-Unternehmen vergeben, die selber wiederum Sub-Unternehmen beschäftigen. Am Ende dieser Kette wächst die Zahl der Ein-Personen-Unternehmen, inklusive des Erfolgsmodells „Ich-AGs“. Die Kehrseite dieses „Trends zur Selbständigkeit“ ist häufig der Zwang zur Selbstausbeutung, hohe Verschuldungs- und Konkursrisiken.

- Massenarbeitslosigkeit wird mehr denn je zur produktiven Bedingung moderner Produktion. In den Zeiten des industriellen Massenarbeiters musste Vollbeschäftigung nicht unbedingt zu Personalengpässen führen. Der Wirtschaft stand im Prinzip ein globaler Arbeitsmarkt zur Verfügung, den sie durch Migration ausschöpfte. In der nach-tayloristischen globalisierten Wirtschaft verengt sich das Arbeitskräfteangebot durch die steigenden Anforderungen an Qualifikationen und Kompetenzen des Personals. Aus dem einen großen Arbeitsmarkt für Massenarbeit wurden viele segmentierte Teilmärkte. Häufig herrscht daher Facharbeitermangel trotz Massenarbeitslosigkeit.

Diese gesellschaftlichen „Mega-Trends“ erklären, warum welche Exklusionsprozesse, wo und in welchem Umfang stattfinden, sie erklären aber noch nicht die Form, in der sie verwaltet werden. Die Wiedereingliederung der Ausgeschlossenen erfolgt über den Sozialdiskurs und die daran angeschlossenen sozialstaatlichen Praktiken. Erst in der Zusammenschau der „Mega-Trends“ mit dem Diskurs wird erklärbar, warum ein 53-jähriger „überflüssiger“ Arbeitnehmer früher als Rentner und heute als Sozialfall behandelt wird.

Der Wandel des Sozialdiskurses

Der Sozialdiskurs der Bundesrepublik hat sich in den 80er und 90er Jahren deutlich verändert.

1. Bis Mitte der 80er Jahre verstand sich die Bundesrepublik als Vollbeschäftigungsgesellschaft. Auch wenn sie diese immer weniger repräsentierte, so blieb doch die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung das erklärte wichtigste politische Ziel aller Parteien und Verbände. Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit galt als unerträglicher Skandal, unmittelbare Bedrohung und gesellschaftliches Kernproblem. Die 80er Jahre waren aber auch ein Jahrzehnt der Normalisierung. Massenarbeitslosigkeit wurde Teil der westdeutschen, später gesamtdeutschen Normalität. Skandalisierungen gab und gibt es zwar immer noch, sie betreffen aber nur

noch die Höhe der Arbeitslosenzahlen. Der Skandal tritt dann ein, wenn diese Zahlen „zu hoch“ sind, wobei das Maß der Normalität mit jedem Anstieg auf einen neuen „Sockel“ gewachsen ist. „Vollbeschäftigung“ klingt heute wie ein Anachronismus einer anderen Ära.

2. Der „Sozialstaat“ ist von der „Errungenschaft“ zur „Fessel“ geworden. Das Programm der „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ der 80er Jahre war noch begleitet von einer Rhetorik, die alle sozialen Lasten in ein Konzept des sozialen Fortschritts einband. In den

90er Jahren wurde dieser Fortschritt selbst zum Problem, der Begriff „Sozialstaat“ beschrieb nicht länger nur ökonomische Gegebenheiten, sondern diente zugleich als Chiffre für all jene Lebenspraxen und Haltungen, die den Gesellschafts-Körper 'verfetten' und 'verweichlichen' könnten - die dauerhafte Zerstörung dieser Praxen wurde als Gemeinschaftsaufgabe inszeniert. Das Bild der Deutschen als fette und faule Schlaraffen, die sich im kollektiven Freizeitpark zu Tode amüsierten, wurde damals populär. Mitte der 90er Jahre häuften sich die Befunde. Das Problem der Deutschen sei ihre „fest verankerte

Sozialstaatsmentalität“ (FAZ, 20.5.1996), ihnen fehle die „mentale Standortfähigkeit“ (Roman Herzog 1996). Gebraucht werde eine Wende von der „Wohlfahrts- zur Risikamentalität“ (Die Welt, 16.1.1996). Es gehe darum, „die Zähigkeit, mit der die Deutschen an gewohnten - aber nicht mehr finanzierbaren - Besitzständen kleben, (...) aufzuweichen“ (Die Welt, 22.4.1996) und dadurch „der im Korsett des Sozialstaates sich dem Kreislaufkollaps nähernden Gesellschaft Luft zu verschaffen“ (FAZ, 29.6.1996). Diese Problemsicht hat sich weitgehend durchgesetzt, auch wenn die heutige Agenda-Rhetorik weicher daherkommt.

3. „Sozialabbau“ wird immer seltener skandalisiert. Allenfalls gilt die Sorge, dass es dabei „gerecht“ zugehen soll. Dass es „Einschnitte“ geben muss, ist weitgehend konsensfähig, weil im Diskurs keine Alternativen zugelassen sind. Umverteilungskonzepte waren zwar früher schon verdächtig, galten aber immerhin als diskussionswürdig. Heute er-

scheinen sie als weltfremd. Daran ansetzenden Gegen-Diskursen wird bestenfalls Sozialromantik bescheinigt. Sie haben keine Chance, als seriös wahrgenommen zu werden.

4. Missbrauchsdebatten und daran angekoppelte Bekämpfungspraktiken sind seit jeher Teil des Sozialdiskurses. Es gibt zwei Typen des Missbrauchsvorwurfs:

Im ersten Typus richtet sich der Missbrauchsvorwurf gegen spezifizierte Gruppen, die kollektiv-symbolisch als „schwarze Schafe“ aus der großen

Herde der Anständigen isoliert werden. Der Kampf gegen die „Unechten“ ist stets von der Versicherung begleitet, dass es auch „Echte“ gibt. In dieser Form des Missbrauchsvorwurfs werden Verstöße gegen bestimmte Normen festgestellt, die der Missbraucher missachtet. Die „Ehrlichen“ dagegen erhalten ihre Sozialleistungen zu Recht; sie werden sogar in Broschüren und Beratungen aufgefordert, ihr Recht in Anspruch zu nehmen.

Im zweiten Typus gerät der normale Gebrauch sozialstaatlicher Leistungen unter Missbrauchsverdacht. Dass Rentner immer älter werden, nicht mehr arbeiten und in Urlaub fahren macht sie ver-

dächtig, auf Kosten der Jungen zu leben. Die Rentner sind hier Missbraucher im Nachhinein, gemessen an jenen Opfern, die Erwerbstätige, kinderreiche Familien und andere Gruppen zur Sicherung ihrer Rente zu erbringen haben. Das Gleiche gilt für Kinderlose, die die Alterspyramide durcheinander bringen, mitunter aber auch für Kinderreiche, die unvernünftigerweise kleine Sozialhilfeempfänger in die Welt setzen. Alleinerziehende können unter Missbrauchsverdacht geraten, weil sie sich möglicherweise leichtfertig haben scheiden lassen, ebenso Kranke, wenn sie zu häufig zur Kur fahren. Beide Missbrauchstypen sind Teil des Sozialdiskurses. Es fällt aber auf, dass der zweite Typus seit den 90er Jahren immer dominanter wird.

Die Chancen einer unpopulären Reform

Trotzdem haben alle diese Veränderungen es bisher nicht wirklich vermocht, die Betroffenen davon zu überzeugen, dass der geplante Opfergang an

„Die anderen Meinungen, die ohnmächtige Wut von Betroffenen, die auf Demonstrationen, in Leserbriefen, in den diversen O-Tönen der Medien oder in Alltagsgesprächen stattfinden, sind natürlich ein Problem, das gelöst werden muss. Aber dafür zeichnet sich eine Strategie ab, die bis zur nächsten Bundestagswahl durchaus greifen könnte. Sie enthält vier Elemente: Unterscheidung, Anerkennung, Gerechtigkeit und Nutzen.“

ihnen eine Wohltat vollbringt. Die christlich-liberale Regierung wurde abgelöst, weil die Wähler in Rot-Grün eine Alternative zu den neoliberalen Härten vermuteten. Schröder wurde wiedergewählt, weil er eine Politik versprach, die keinem richtig wehtat.

Warum veranstaltet die SPD also heute ein Reformwerk, das ihre Umfragewerte in den Keller drückt, ihre Parteimitglieder aus der Partei treibt und wütende Proteste hervorruft? In dem Leitantrag des SPD-Parteivorstandes zum Sonderparteitag in Berlin, der den Titel trägt „Mut zur Veränderung“, wird die Frage plausibel beantwortet:

„Die Alternative ist eindeutig: Entweder wir modernisieren unsere soziale Marktwirtschaft oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen.“

Man könnte einwenden, dies sei die Strategie, Selbstmord zu begehen, um den Tod zu vermeiden, aber das trifft die Sache nicht. Tatsächlich formuliert die Partei an dieser Stelle nur die Resultate des Sozialdiskurses, eine ökonomisch-soziale Vernunft, die in den Medien, der Fachwelt und der Politik von niemandem ernsthaft in Frage gestellt wird. Ein Kanzler, der gegen diesen geballten Sachverstand frühere Wahlversprechen wahr macht, hat bei der nächsten Wahl verloren. Ein Kanzler, der den Sozialabbau durchführt, hat immerhin die Chance, als Tatenmensch 2006 vom Wähler belohnt zu werden. „Wenn die Bürgerinnen und Bürger mitbekommen, dass es eine vernünftige Alternative zu diesen Umbaumaßnahmen, die ja in ganz Europa gegenwärtig diskutiert und entschieden werden, nicht gibt, dann werden sich auch Umfragen wieder ändern.“ (Schröder in der ARD) Die anderen Meinungen, die ohnmächtige Wut von Betroffenen, die auf Demonstrationen, in Leserbriefen, in den diversen O-Tönen der Medien oder in Alltagsgesprächen stattfinden, sind natürlich ein Problem, das gelöst werden muss. Aber dafür zeichnet sich eine Strategie ab, die bis zur nächsten Bundestagswahl durchaus greifen könnte. Sie enthält vier Elemente: Unterscheidung, Anerkennung, Gerechtigkeit und Nutzen.

Die Wiederherstellung des Unterschieds

Weil die „Reform“, also der Sozialabbau, politischer Konsens ist, funktioniert die Abgrenzung zwischen Regierung und Opposition nicht mehr richtig. In den Medien führt das häufig zu der Forderung: Setzt euch doch endlich zusammen und vollendet gemeinsam das Reformwerk. Doch so einfach ist das nicht. Für die Regierung und für die Opposition ist die Reform in erster Linie ein Mittel, um die Regie-

rungsgewalt zu behalten bzw. zu bekommen. Dazu müssen sie sich abgrenzen. Die SPD muss sich unterscheiden, herausstellen, dass es sich bei den Unionsvorschlägen um „maßlose Angriffe auf den Sozialstaat handelt“. Z.B. so:

„Das unterscheidet uns doch von unserer politischen Konkurrenz. Für CDU und FDP ist die Privatisierung gewissermaßen Selbstzweck. Die anderen denken nur an diejenigen, die ohnehin von alleine zurechtkommen. (...) Wir werden, auch das unterscheidet uns von den anderen, das Prinzip der solidarischen Absicherung von Lebensrisiken niemals preisgeben. Sozialer Rechtsstaat heißt für uns eben auch Ausgleich zwischen Jungen und Alten, Erwerbstätigen und Rentnern, Gesunden und Kranken.“ (Schröder im Vorwärts, 25.10.2003)

Am Horizont künftiger Wahlkämpfe erscheint daher eine Strategie der Neubesetzung des „Sozialen“. Die Vorschläge der Herzog-Kommission lassen sich von denen der Rürup-Kommission unterscheiden. Die Varianten des Sozialabbaus lassen sich daher begrifflich neu besetzen. Ziel könnte dann die Wiederherstellung der alten Polarität „Sozialer Ausgleich“ (SPD) versus „Soziale Grausamkeit“ (CDU) auf neuem Niveau sein.

Armut und Anerkennung

Ein paar Tage nach der beschlossenen Rentenkürzung wandte sich die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ulla Schmidt, in einer Zeitungsanzeige an die Betroffenen:

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Rentnerinnen und Rentner, in Deutschland sind wir zu recht stolz darauf, dass die Älteren bei uns in Würde leben können. Das soll so bleiben. (...) Wer nur eine niedrige Rente hat, für den haben wir eine Grundsicherung ab dem 65. Lebensjahr geschaffen. Dadurch werden diese niedrigen Renten aufgestockt, und niemand wird sich schämen müssen, wenn er diese Grundsicherung in Anspruch nimmt. Das ist kein Almosen, sondern darauf besteht Rechtsanspruch.“

Tatsächlich hatten Rentner auch früher schon einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe. Aber Sozialhilfe stigmatisiert. Sozialhilfe erscheint als Almosen, verweist die Opfer symbolisch „an den Rand“ der Gesellschaft. Umbenannt in Grundsicherung ist der Sozialhilfebezug gesellschaftlich anerkanntes Einkommen, das bescheidene, aber immer noch würdevolle Ende einer etwas missglückten Normalbiographie in unserer Mitte. Die Normalisierung der Armut verzichtet auf Schuldzuweisungen. Armut ist, wie früher bei den verarmten „Kriegsversehrten“ und den verwitweten „Trümmerfrauen“ der Nach-

kriegszeit „Schicksal“, Grund für Gesten der Würdigung, der Anerkennung der Lebensleistung.

Die Wiederherstellung der Gerechtigkeit

Der Haupteinwand, den die meisten Leute gegen den Sozialabbau haben, ist, dass er nicht gerecht und ausgewogen stattfindet. Junge Menschen sind der Meinung, für die Rentner zu bluten, Rentner sind der Meinung, jahrzehntelang gearbeitet zu haben, und jetzt um die Lebensleistung betrogen zu werden. Kinderreiche sind verbittert, weil Kinderreichtum arm macht, Kinderlose, weil sie die höchsten Steuern bezahlen, Kranke, weil sie das Schicksal mit Krankheit und immer höheren Kosten doppelt bestraft, Gesunde, weil sie immer mehr Geld zahlen für Leistungen, die sie nicht in Anspruch nehmen, Arbeitslose, weil sie immer härteren Zumutungen ausgesetzt sind, Beschäftigte, weil sie für immer weniger Lohn alles bezahlen müssen. In den Debatten über den Sozialabbau werden Vergleiche angestellt, und die fallen interessegeleitet für den Vergleichenden ungünstig aus. So sind wir denn alle – je nach Standort – Ausbeuter und Ausgebeutete.

Angesichts dieser vielfältigen Interessenlage ist die Konstruktion von „Gerechtigkeit“ im Diskurs über den Sozialabbau ein schwieriges Geschäft. Gleichwohl muss es „gerecht“ zugehen, denn nur so können Opfer akzeptiert werden. Wer „Soziale Gerechtigkeit“ verspricht, muss nachweisen, dass alle Beteiligten mitmachen, niemand auf Kosten der Gemeinschaft „sein Süppchen kocht“.

Die Gemeinschaft, das Soziale, muss daher permanent symbolisch gereinigt werden vom Asozialen. Die immer wieder neu organisierte Enttarnung von Drückebergern, Sozialschmarotzern und Faulenzern ist eine Form der Sozialabbau-Hygiene, Beweis und anschließende Genugtuung, aber Sisypusarbeit.

Deshalb gibt es jedes Jahr neue, mediengerecht inszenierte Beispiele. In diesem Sommer ging „Miami-Rolf“ durch die Medien - „Ihm zahlt das Sozialamt die schöne Wohnung am Strand von Miami.“ (BILD) sowie „Viagra-Kalle“ - „Jeden Tag eine Viagra-Pille gratis vom Sozialamt? Müssen wir Steuerzahler denn für alles blechen?“ (BILD)

Wegen „Miami-Rolf“ wurde schnell ein Gesetz geändert, und nach Ärger mit dem Sozialamt titelte die BILD-Zeitung im zweiten Fall: „Viagra-Kalle lässt den Kopf hängen“. Parallel dazu forderten etliche Politiker wieder einmal „härtere Zumutbarkeitsgesetze“ ein, die längst bestehen. Neu war allenfalls der Vorschlag von Wirtschaftsminister Clement, Drückebergern künftig nur noch Sachleistungen

auszuzahlen. Entsprechende Erfahrungen mit dem Asylbewerberleistungsgesetz liegen ja vor.

Der Nutzen der Armut

Wenn ein Unternehmen kurz vor dem Konkurs steht, ist es für die Beschäftigten durchaus sinnvoll, auf Teile des Lohns, 13. Monatsgehalt, kurze Arbeitszeiten und marode Betriebsteile samt Belegschaften zu verzichten. Das ist immer noch besser als die Arbeitslosigkeit. Auch Betriebsräte und Gewerkschaften sehen das ein und schließen mit den Unternehmen entsprechende Vereinbarungen.

Wenn nun die „Deutschland AG“ dem globalen Wettbewerb nicht mehr standhält, dann muss sie eben auf dieselbe Weise saniert werden. Verarmungsprozesse müssen als Teil dieser Sanierung erscheinen, sie müssen sich für die Beschäftigten der Deutschland AG – also die Wähler - lohnen, als Zukunftsinvestition erscheinen.

„Unser Weg in die Zukunft: Agenda 2010 – Arbeit und Wachstum, Bildung, Ausbildung und Innovation, Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung, Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme“ heißt eine programmatische Überschrift im Leitantrag des SPD Parteivorstandes. Diese Vision wird in den nächsten drei Jahren sichtbar gemacht werden. Mit etwas Glück werden wir den Aufschwung erleben, den Rückgang der Arbeitslosenzahlen und des Haushaltsdefizits. Möglicherweise holen sogar die deutschen Schüler bei der nächsten PISA-Untersuchung auf. An Beweismitteln wird es nicht fehlen. Und vielleicht lächelt uns 2006 Kanzler Schröder auf Wahlplakaten an, auf denen dann steht: Danke Deutschland – Es hat sich gelohnt.

Literatur:

Castel, Robert (2000): Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs, in: *Mittelweg* 36, 3/2000, S.11-25

Kreft, Ursula (2000): Soziale Ordnung und soziale Krise in deutschen Printmedien. In: Grewenig, Adi / Jäger, Margret (Hg.): *Medien in Konflikten. Holocaust, Krieg, Ausgrenzung*. Duisburg, S. 177-200

Kreft, Ursula / Uske, Hans (1998): Schlanke Produktion - schlanker Staat - schlanke Menschen, in: Buntentbach, Annelie / Kellershohn, Helmut / Kretschmer, Dirk (Hg.): *Ruck-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus*, Duisburg, S.120-149

Uske, Hans (1995): *Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit*, Duisburg

Uske, Hans (2000): „Sozialschmarotzer“ und „Versager“. Missachtung und Anerkennung in Diskursen über Massenarbeitslosigkeit, in: Holtgrewe, Ursula / Voswinkel, Stephan / Wagner, Gabriele (Hg.): *Anerkennung und Arbeit*, Konstanz, S.169-192

Die gegenwärtige Politik ist nicht alternativlos

Fragen an Prof. Dr. Gerhard Bäcker zum Aufruf „Sozialstaat reformieren statt abbauen“

Der Aufruf „Sozialstaat reformieren statt abbauen“ ist von einer Reihe namhafter Wissenschaftlerinnen aus dem sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Sektor unterzeichnet worden. Kannst Du kurz die Eckpunkte skizzieren und markieren, an welchen Stellen er sich von der traditionellen gewerkschaftlichen Position unterscheidet?

Der Aufruf ist initiiert und verbreitet worden in Reaktion auf die von der rot-grünen Bundesregierung im März dieses Jahres vorgelegten, mit „Agenda 2010“ umschriebenen Maßnahmen zum Ab- und Umbau des Sozialstaates. Er bezieht sich aber nicht im Detail auf die einzelnen Kürzungen und Einschnitte, sondern auf die Argumentationslinien, die die Politik, die Medien und die wissenschaftlichen Beratungsgremien seit langem beherrschen. Diese Mainstream-Argumentation - bis weit in die Grünen und die Sozialdemokratie hinein - basiert ja auf der These, dass die tiefe wirtschaftliche, fiskalische und arbeitsmarktpolitische Krise, die nun seit Jahren die Lage Deutschlands charakterisiert, durch den Sozialstaat verursacht sei: die Sozialleistungen sind zu hoch und zu teuer, sie lähmen die Bereitschaft, eine Arbeit aufzunehmen, überfordern die öffentlichen Haushalte und verteuern die Produktion; zugleich ist der Arbeitsmarkt verkrustet und Einstellungen werden verhindert usw. usf. Verantwortlich für Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschwäche wird also das Soziale gemacht, und aus dieser Sichtweise heraus ist es geradezu geboten, den Sozialstaat abzubauen – je radikaler umso besser, um endlich aus der Misere herauszukommen. Diese Sichtweise der zwar schmerzhaften aber „alternativlosen“ Einschnitte ist po-



pulär und wird von vielen Menschen geteilt. Nur so ist auch zu verstehen, dass derzeit in der Politik geradezu ein Wettlauf um die größten Tabubrüche eingesetzt hat. Der Aufruf wendet sich gegen diese Sichtweise und benennt Fakten und Argumente, die zeigen, dass nicht das Soziale die Krise bewirkt. Im Unterschied zur gängigen gewerkschaftlichen Argumentation bleibt es also nicht bei dem Hinweis, dass die Maßnahmen und Forderungen zum Sozialabbau „sozial unausgewogen“ sind. Dieser Bezug allein auf die fehlende soziale Gerechtigkeit und die „Gefährdung des sozialen Friedens“ erkennt die Dramatik der Entwicklung, die auf ein neues, am angelsächsischen Kapitalismus orientiertes Gesellschaftsmodell orientiert. Der Aufruf stellt deshalb vor allem heraus, dass die Krisendiagnose falsch ist und dass insofern auch die proklamierten Ziele durch die eingeschlagene Politik nicht erreicht werden. Der Sozialstaat wird eingerissen, die Gesellschaft ändert ihr Gesicht – aber die hohe Arbeitslosigkeit wird dadurch keineswegs verringert. Wir kritisie-

ren dabei insbesondere die Auffassung, dass die Arbeitslosen durch noch stärkeren finanziellen und administrativen Druck in Beschäftigung gebracht werden könnten. Es fehlt aber nicht an Arbeitsbereitschaft, sondern an Arbeitsplätzen. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, verschärfte Zumutbarkeitskriterien, Festschreibung der Sozialhilfesätze – über diese Maßnahmen sollen die Arbeitslosen veranlasst, ja gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen. „Arbeit um jeden Preis“ – das schafft einen Niedriglohnsektor in Deutschland, der nicht zu mehr Arbeitsplätzen führt, sondern zu einer Verdrängung von regulärer Arbeit durch „bad jobs“. Es gehört nicht viel prognostische Fähigkeit dazu, um eine Verschärfung der Einkommensspaltungen und von Armut vorhersagen zu können.

Sicher können in einem solchen Aufruf, der ja auf Intervention angelegt ist, keine differenzierten Lösungsvorschläge unterbreitet werden. Deshalb interessiert mich vor allem, wie die Forderungen nach weiterer Arbeitszeitverkürzung oder Stärkung der Kaufkraft, die wir ja bereits aus den siebziger Jahren kennen, die angestrebten positiven Effekte auf den Sozialstaat und den Arbeitsmarkt zeitigen können – angesichts von Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft? Hält eine keynesianische Wirtschafts- und Sozialpolitik heute noch die richtigen Antworten vor?

Der Aufruf belässt es nicht bei der kritischen Analyse, sondern versucht auch Wege und Maßnahmen zur Überwindung von Arbeitslosigkeit, Haushaltskrise und Stagnati-

on aufzuzeigen. Wir wenden uns entschieden gegen die These der „Alternativlosigkeit“ der gegenwärtigen Politik, die nur darauf abstellt, die Opposition gegen den neoliberalen Kurs als „unsinnig“ oder als pures „Besitzstandswahren“ zu denunzieren. Alternativen aufzuzeigen, das heißt, für Reformen einzutreten, die ihren Namen verdienen und eine Perspektive nach vorn weisen. Dabei ist klar, dass manche Positionen allgemein bleiben und dass auch das Rad nicht immer neu erfunden werden muss. Wenn also einige der erhobenen Positionen und Forderungen alt sind, so ist dies noch kein Gegenargument. So ist und bleibt es in einer Zeit knapper Arbeitsplätze und von Personalabbau in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft grundsätzlich richtig, die Arbeitszeiten zu verkürzen und Arbeit gerechter zu verteilen. Der gegenteilige, derzeit von der Politik, den Arbeitgeberverbänden und den Medien eingeforderte Weg, in Zeiten höchster Arbeitslosigkeit die Arbeitszeiten zu erhöhen, mehr und länger zu arbeiten, Feiertage zu streichen führt in die Irre – die Arbeitslosenzahlen werden steigen, die Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt wird zu Lasten der Schwächsten weiter zunehmen. Auch die Forderung nach einer Stärkung der Kaufkraft ist alt, aber dennoch richtig. Richtig weil die wirtschaftliche Stagnation im Wesentlichen durch die rückläufige private Nachfrage verursacht wird. Die aktuellen Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen verschärfen dieses Nachfrageproblem, und durch den Export wird es alleine keinen ausreichenden Konjunkturanstoß geben. Unbestritten ist allerdings auch, dass wir in einem engen europäischen und weltwirtschaftlichen Verbund leben und nationalstaatlich isolierte Maßnahmen schnell verpuffen können. Deswegen ist insbesondere eine enge europäische Zusammenarbeit erforderlich. So etwas kommt aber nicht automatisch – hier muss die Bundesrepublik als größtes EU-Land endlich eine Vorreiter-Rolle spielen. Unbestritten ist schließlich auch, dass ein schlichtes, keynesianisch ori-

entiertes nachfrageorientiertes Gegensteuern allein noch keine „Lösung“ aller Probleme bringt. Die Politik muss den Weg ebnen für Produktinnovationen und Investitionen, für qualifizierte Dienstleistungsbeschäftigung, für umweltgerechtes, qualitatives Wachstum.

Wie waren die Reaktionen auf den Aufruf? Ist der Ruf aus dem wissenschaftlichen Raum bei Teilen der Parteien und Gewerkschaften angekommen?

Die Reaktionen waren erfreulich und enttäuschend zugleich. Erfreulich war, dass – im E-Mail-Schneeballverfahren – in knapp drei Wochen über 500 Wissenschaftlerinnen unterschrieben haben. Natürlich hätten es noch mehr sein können, und es fällt auch auf, dass die Namen von manchen exponierten Wissenschaftspersonen, die noch in den 80er und 90er Jahren für ein gesellschaftliches Reformprojekt geworben haben, fehlen. Enttäuschend war aber vor allem die Reaktion in den Medien: Trotz aller unserer Anstrengungen – die großen Zeitungen und Rundfunk bzw. Fernsehen haben die Initiative totgeschwiegen und die Politik – soweit überhaupt Reaktionen vorkamen – hat sich auf den Hinweis der „Alternativlosigkeit“ des eingeschlagenen Weges beschränkt. So ist das wohl in Zeiten, in denen der neoliberale Mainstream vorherrscht und kritischer Journalismus kaum noch zu finden ist. Und es ist auch wohl auch so, dass manche Wissenschaftlerinnen es vorziehen, sich in einer Zeit gesellschaftlich-sozialer Zuspitzungen vornehm zurück zu halten.

Aus meiner Sicht haben die Gewerkschaften einige Mühe, die betriebliche Basis gegen die Agenda 2010 und andere sogenannte Reformprojekte zu mobilisieren. Wie lässt sich dies erklären und vor allem, was könnten die Gewerkschaften tun?

Die Gewerkschaften haben auf den Aufruf sehr positiv reagiert. Allein die an meine Person gerichteten

Anfragen hinsichtlich Vorträgen und Beteiligungen an Podiumsdiskussionen sind nicht mehr zu zählen. Meine Erfahrungen der letzten Monate haben mir dabei aber auch gezeigt, dass es in der Tat schwierig ist, Opposition zu organisieren. Die Menschen sind mit dem Kurs keineswegs einverstanden, merken, dass mit „Reform“ gemeint ist, dass sie zahlen müssen und fühlen sich betrogen – vor allem von der SPD. Aber daraus resultiert noch keine Gegenbewegung: Die Angst um den Arbeitsplatz ist über groß, die einzelnen Maßnahmen sind verwirrend und unüberschaubar, das Gefühl „den Gürtel enger schnallen zu müssen“, ist weit verbreitet und – vor allem – es fehlen Alternativen und Perspektiven. Das schafft eine Stimmung der Resignation und Ratlosigkeit, die leicht in Anfälligkeit für populistische und rechtsradikale Strömungen und Aktionen umschlagen kann. Die Gewerkschaften haben deshalb nach meinem Dafürhalten vor allem die Aufgabe, Alternativen zu entwickeln und zu verbreiten und auch Aktionen voranzubringen. Das ist allerdings nicht einfach, da es eine politisch-parlamentarische Opposition nicht mehr gibt und diese Rolle auch nicht von den Gewerkschaften übernommen werden kann. Schwierig ist auch das Verhältnis zur SPD – hier sieht alles nach einer grundsätzlichen Revision des Verhältnisses zur SPD aus

Die Fragen stellte Margarete Jäger. Der Aufruf ist unter der Adresse www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/sozialaufruf.pdf im Internet einzusehen.

Geschichte schreiben mit Foucault



Michael Maset
Diskurs, Macht und Geschichte. Foucaults Analysetechniken und die historische Forschung
 Frankfurt/M. (Campus) 2002
 ISBN 3-593-37113-8
 EURO 34,90, 268 Seiten

Jürgen Martschukat (Hg.)
Geschichte schreiben mit Foucault
 Frankfurt/M. (Campus) 2002
 ISBN 3-593-37114-6
 EURO 34,90, 287 Seiten

Achim Landwehr
Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse
 Tübingen (edition diskord) 2001
 ISBN 3-89295-713-4
 EURO 16,00, 223 Seiten



Wie die germanistische Sprachwissenschaft (im Unterschied zur Literaturwissenschaft) tut sich auch die Geschichtswissenschaft schwer, Foucaults Diskurstheorie und seine Analysetechniken zur Kenntnis zu nehmen und für eigene Analysen fruchtbar zu machen. Der Unterschied besteht vor allem darin, dass die Geschichtswissenschaft dies schon viel länger tut. Aber wie die hier angezeigten Bände beweisen: Sie tut es. Achim Landwehrs Einführung in die historische Diskursanalyse gibt einen Überblick über den Forschungsstand, sie beleuchtet wissenschaftsgeschichtliche und theoretische Grundlagen, stellt ein methodisches Verfahren vor und illustriert dieses Verfahren anhand von Studien, die es dazu bereits gibt. Michael Masets Dissertation setzt sich vor allem mit den Kritikern an Foucault auseinander (besonders Jörn Rüsen), arbeitet die Unterschiede des sich auf Foucault berufenden Ansatzes historischer Analyse zu traditionellen Verfahren der Geschichtswissenschaft heraus, begründet Foucaults Diskursanalyse als historiographiegeschichtliche Methode und setzt sich mit Problemen der Begriffsgeschichte auseinander (Reinhart Koselleck, Dietrich Busse), die er vor allem als „doch Ideengeschichte“ kritisiert. Darüber hinaus diskutiert er diskurshistorische Forschungen zur frühneuzeitlichen Frauen- und Geschlechtergeschichte. Jürgen Martschukat, der sich vor allem mit dem Diskurs des staatlichen Tötens beschäftigt hat, gibt eine sehr interessante Aufsatzsammlung heraus, die einen spannenden Überblick über eine Fülle historisch-empirischer Forschungen gibt, die sich auf Michel Foucaults Diskurstheorie berufen. Zusammen betrachtet, erlauben diese drei Texte einen guten Einstieg in eine Kritisch-Historische Diskursanalyse. Sie zeigen, dass auch Diskursdiachronie erfolgreich sein kann und der Vorwurf, dass Diskursanalyse gegenüber historischen Diskursverläufen hilflos sei, unberechtigt ist. (S.J.)



Willy Schmidt, Christoph Leclair, Andrea Meschede, Ulrich Schneider
Buchenwald – Ein Konzentrationslager
 Multimediale CD-ROM
 Bonn (Pahl-Rugenstein) 2002
 ISBN 3-89144-355-8
 EURO 24,95

Projekte, die versuchen, Geschichte multimedial zu erfassen, gibt es viele. Diese CD-ROM stellt sich aber eine besondere Aufgabe. Sie will die Ge-

schichte des Konzentrationslagers Buchenwald nicht (vermeintlich) objektiv darstellen, sondern stellt sich ganz bewusst auf die Seite der Opfer. Die CD-ROM erzählt eine Geschichte des Widerstandes trotz aller Hoffnungslosigkeit in den Lagern am besonderen Beispiel Buchenwald. Das Dispositiv KZ als übersteigerte Form des Gefängnisses bildet eine selbständige Enklave innerhalb des „SS-Staats“, in der sich besondere Formen des antifaschistischen Widerstandes entwickeln konnten. In diesem „Vermächtnis ehemaliger Buchenwalder“ (Klappentext der CD-ROM) wird deutlich, dass sich ein Großteil der Häftlinge nicht in die Perversion des Lageralltags ergeben und

die Möglichkeiten des Widerstandes genutzt hat. „Nur wer kämpft, kann gewinnen. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Die Zukunft gehört uns – trotz alledem.“ Das haben sich die ehemaligen Buchenwalder nach ihrer Selbstbefreiung geschworen. In diesem Sinne soll die CD-ROM auch zur Unterstützung der pädagogischen Arbeit dienen. Hierzu bietet sie zahlreiche Möglichkeiten, wozu auch das Ausdrucken von zeitgeschichtlichen Dokumenten und vier Arbeitsblätter gehören, die zur Vorbereitung eines Besuches in Buchenwald dienen. Besonders hervorzuheben sind die multimedialen Elemente. Kleine Filmsequenzen aus Lesungen von ehemaligen KZ-Häftlingen zu den ent-

sprechenden Themen und Liedern, die im KZ oder aus den Erfahrungen dieser Zeit entstanden sind, machen die Geschichte greifbar. Durch die übersichtliche Strukturierung gerät der Nutzer nicht ins Surfen und kann sich trotzdem in der Hypertextlandschaft frei bewegen. Diese sachliche Strukturierung, die dem Thema angemessen ist, gestaltet die Informationsgewinnung allerdings streckenweise recht zäh. Alles in allem handelt es sich bei der CD-ROM um eine gelungene Präsentation, die Geschichte und Gedenken multimedial aufbereitet und vor allem ein Vermächtnis der Buchenwalder vorlegt, das seinesgleichen sucht. F.J.

„Was für den Stalinismus gilt, gilt mutatis mutandis auch für seine asymmetrische Dublette, den Nationalsozialismus.“

Bernhard Henri Lévy
Jean Paul Sartre – Der Philosoph des 20. Jahrhunderts
 München (Hanser) 2002
 ISBN 3-446-20148-3
 EURO 32,90, 672 Seiten

In einer über 600 Seiten starken Biographie versucht Bernhard-Henri Lévy das vielfältige und ereignisreiche Leben von Jean Paul Sartre nachzuzeichnen. Die außergewöhnliche Beziehung zwischen Sartre und Simone de Beauvoir, Sartre - der Autor von Theaterstücken und Drehbüchern, von Romanen, Dramen, Essays und Vorworten, der politische Journalist und Herausgeber von *Les temps modernes*. Das spannende Leben des „totalen Intellektuellen“, der „Regisseur auf allen Bühnen“ ist und „auf allen Registern“ spielt, wird von Lévy interessant und anregend erzählt.

Sartre - der Philosoph, dessen Werk in eine frühe und eine späte Phase unterschieden wird - den Sartre um *Das Sein und das Nichts* und den Sartre um die *Kritik der dialektischen Vernunft*. Das politische Engagement ergibt sich für Sartre unmittelbar aus seiner Philosophie von Freiheit und Verantwortlichkeit. Die Beschreibung des politisch aktiven Sartre vollzieht Lévy strikt aus einer totalitarismustheoretischen Perspektive. Ob er nun seine Übereinstimmung mit Sartre aufzeigen will oder eine kritische Distanz herzustellen versucht - der Ansatz ist oft die Totalitarismusthese. Wird dem ‚frühen Sartre‘ das Prädikat „Champion des Antitotalitarismus“ verliehen, da „die Definition des Menschen als eines

Wesens des Nichts und der Negativität“ das „erste Gegenmittel“ gegen Totalitarismus sei, so sei der ‚späte Sartre‘ der „totalitären Versuchung“ erlegen, obwohl er das „begriffliche Rüstzeug“ dagegen gehabt hätte.

Diese Betrachtungsweise gipfelt in einer Passage, in der Lévy zwecks Nachweis seiner These in Auszügen aus Sartres Text *Was ist ein Kollaborateur?* das Wort ‚Kollaborateur‘ systematisch durch ‚Stalinist‘ ersetzt, um auszudrücken, dass Sartre im Jahr 1944 „auf dem Höhepunkt der Zerrissenheit und vielleicht des Wahnsinns“ im Begriff ist, „selbst zu jenem Stalinisten zu werden, dessen Beschreibung er gerade geliefert hat“.

Dass er eine hochaktuelle Variante der These vorbringt, in der Nationalsozialisten, Stalinisten und „fundamentale Moslems“ (!) als Exponenten ein und desselben Phänomens namens Totalitarismus betrachtet werden, macht den falschen Ansatz dabei nicht richtiger. Im Gegenteil: der Erklärungsgehalt einer derart undifferenzierten Betrachtungsweise von Ausprägungen staatlicher Macht geht stark gegen Null, nicht zuletzt, weil die ‚totalitären‘ Aspekte der kapitalistischen Gesellschaft westlicher Prägung und ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gänzlich aus der Betrachtung herausgehalten werden.¹

Die totalitarismustheoretische Beschreibung von Sartres Leben zieht sich leider entsprechend dem vielfältigen Engagement des Philosophen und Schriftstellers wie ein roter Faden durch die gesamte Biographie. Spannende und lesenswerte Passagen gibt es trotzdem. Ob nun ein Gang in die Stadtbibliothek ausreicht, um diese lesen zu können

oder nicht, soll jeder selbst entscheiden.
 J.Z.

¹ Die Totalitarismusthese fungiert durch die Abgrenzung der sogenannten politischen Mitte gegen ‚Extreme‘ nach rechts, links und neuerdings auch gegenüber religiös motiviertem ‚Extremismus‘ lediglich als Herrschaftsideologie der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aus einer sich selbst gegen Kritik immunisierenden Position heraus.



Emanuel Lévinas
Schwierige Freiheit.
Versuch über das Judentum
 Frankfurt/M. (Jüdischer Verlag) 2. Aufl. 1996
 ISBN 3-633-54062-8
 EURO 18,80, 185 Seiten

Lévinas gilt als der bedeutendste jüdische Religionsphilosoph der Gegenwart. Sein Werk fordert einen extremen Humanismus ein und damit eine sich selbst verpflichtende Hinwendung zum anderen Menschen. Auf diesem Hintergrund erfolgen seine Besinnungen auf die Ursprünge des Judentums und seine Reflexionen über den Nationalsozialismus. Mit seinen Aufsätzen und Essays zum Thema „Schwierige Freiheit. Versuch über das Judentum“ liegt eine Vielzahl von Ver-

suchen über jüdisches Leben und Denken im 20. Jahrhundert vor, deren Lektüre Leserinnen, die sich bisher nicht oder nur am Rande mit jüdischem Denken befasst haben, nicht ohne weiteres einleuchten wird. Gibt es bei Lévinas nun einen Gott, oder gibt es ihn nicht? Heiliges und Göttliches und Menschliches zusammenzudenken, als Einheit zu betrachten, ist uns zumeist christlich sozialisierten Menschen nicht an der Wiege gesungen worden. Entweder glauben wir an Gott oder wir tun dies nicht. Im Anderen die Voraussetzung der Existenz seiner selbst zu sehen, wenn man dies nicht banal als Notwendigkeit allen Sozialen versteht, und dies als Bedingung jeder Ethik anzusehen und zugleich als heilig, das ist ein Gedanke, der uns völlig abstrus erscheinen mag. Doch möge das folgende Zitat dazu dienen, über Lévinas „Religion“ intensiver nachzudenken: „Der Umgang mit den Seienden, der mit dem ‚Du sollst nicht töten‘ beginnt, entspricht nicht dem Schema unserer gewöhnlichen Beziehungen zur Welt: Subjekt, das seinen Gegenstand wie eine Nahrung erkennt oder absorbiert, Bedürfnis, das befriedigt wird. Er kehrt nicht zum Ausgangspunkt zurück, indem er sich in Zufriedenheit, Selbstgenuß, Selbsterkenntnis verwandelt. Er leitet den Beginn des geistigen Weges des Menschen ein. Eine Religion für uns kann auf keinem anderen Weg liegen.“ S.J.

Emmanuel Todd
Weltmacht USA – Ein Nachruf
 München (Piper) 14. Aufl.
 2003
 ISBN 3-88698-803-1
 EURO 19,90, 265 Seiten

Was steht in dem viel zitierten Buch des Franzosen? Etwa dies: Nach 1945 waren die USA eine Art von römischem Imperium, d. h. eine Weltmacht mit universalem Ethos, auf Absprachen bedacht und deshalb als Schutzmacht akzeptiert. Denn es drohte die Sowjetunion. Nach der Wende hat sich auch Amerika gewendet. Es meint, nun Weltherrscher zu sein, der das universale Ethos nicht mehr nötig hat, der seine Macht brachial ausspielen, die Verbündeten vor den Kopf stoßen und militärisch überall präsent sein kann. Eine Täuschung. Ein „overstretching“. Auch deshalb, weil die US-Wirtschaft auf tönernen Füßen steht. Amerika produziert nicht, sondern konsumiert immens und bezahlt das mit den Kapitalströmen vom Ausland, die vom immer noch mächtigen Dollar angelockt werden. Amerikaner bezahlen nicht mit Produkten, sondern der Differenz anderer Währungen zum Dollar. Schon will das Auslandskapital nicht mehr in Produktion investieren, sondern sich in der Wallstreet spekulativ vermehren. Das wird nicht ewig gut gehen. Zur gleichen Zeit konsolidieren sich die anderen Kräfte. Die Entwicklungsländer werden voranschreiten, die Alphabetisierung und die Geburtenbeschränkung beweisen es. Und Europa/Japan/Russland werden ein immer ausdrücklicheres Gegengewicht gegen die USA darstellen. Wirtschaftlich haben sie die USA längst überholt. Sie werden sich konsolidieren. Die Welt der Zukunft wird

keine amerikanische und keine andere Supermacht mehr kennen. Sie wird polypolar sein.
 E.O.



Rainer Diaz-Bone
Kulturwelt, Diskurs und Lebensstil. Eine diskurstheoretische Erweiterung der bourdieuschen Distinktionstheorie.
 Opladen: (Leske + Budrich) 2002
 ISBN 3-8100-3526-2
 EURO 39,00, 456 Seiten

Die Arbeit von Rainer Diaz-Bone kann als ein weiterer Versuch angesehen werden, den Ansatz der Diskursanalyse für soziologische Fragestellungen nutzbar zu machen. Ziel der Arbeit ist die Entwicklung einer diskurstheoretisch radikalisierten Distinktionstheorie, um das Feld der Kulturproduktion diskurstheoretisch erschließen zu können. Entsprechend ist die Arbeit in einen ersten theorieentwickelnden Teil und einen zweiten Teil, in dem die Ergebnisse am empirischen Material getestet werden, gegliedert. Gegenstand des empirischen Teils sind die Diskurse über Heavy Metal und Techno. Für die Theorieentwicklung bezieht sich Diaz-Bone auf die Diskurstheorie Michel Foucaults

und den feldtheoretischen Ansatz Pierre Bourdieus, wobei letzterer in der Arbeit vorrangig als Distinktionstheoretiker ausgewiesen wird. Da der Autor davon ausgeht, dass kulturelle Wertigkeit (symbolisches Kapital) vorrangig diskursiv hergestellt wird, kritisiert er vor allem die repräsentative Funktion, die Bourdieu dem Diskurs zuweist. Dieses Manko versucht Diaz-Bone durch eine Integration der Diskurstheorie in die Distinktionstheorie zu beheben. Dies geschieht über eine Erweiterung des bourdieuschen Zwei-Raum-Modells um eine dritte Ebene. Als Ergebnis der Verbindung soll von drei Räumen ausgegangen werden: dem sozialen Raum, dem Raum der Lebensstile und dem Raum der Diskurse. Alle drei Räume sind relativ autonom, sie stehen jedoch in einem wechselseitigen Einflussverhältnis und weisen aus diesem Grund auch strukturelle Homologien auf. Insgesamt kommt die Arbeit im empirischen Teil zu überzeugenden Ergebnissen. Der Anspruch der Anwendbarkeit des entwickelten Modells wird daher durchaus erfüllt. Relativ unverständlich bleibt allerdings, warum im empirischen Teil für die Codierung die Grounded Theory herangezogen wird. Der theoretische Teil widmet sich relativ ausführlich der Reproduktion der herangezogenen Theorien, um dann m. E. leider etwas zu zügig zu Ergebnissen zu kommen. Eine tiefere Ausführung und Begründung der erarbeiteten Verknüpfungsstellen wäre begrüßenswert gewesen. Alles in allem ein überzeugendes und spannendes Buch.
 G.Q.



Birgit Rommelspacher
Anerkennung und Ausgrenzung.
 Deutschland als multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt/M. (Campus)
 ISBN 3-593-36863-3
 EURO 21,50, 236 Seiten

Wer erinnert sich nicht: Kaum sprachen die einen von vermeintlicher 'Leitkultur', schienen andere sich schon nicht mehr sicher, was sie mit 'multikultureller Gesellschaft' eigentlich gemeint hatten. Birgit Rommelspacher zeichnet die Mechanismen nach, durch die in unserer Gesellschaft Definitionsmacht ausgeübt wird und fest umrissene Bilder des Anderen fortwährend durchgesetzt werden. Von Beginn an geht es ihr dabei um den Zusammenhang zwischen der Konstruktion von „Fremdheit“ und sozialen Hierarchien, und es ist einer der Verdienste des Buches, mit einer Fülle von Material aus unterschiedlichen Disziplinen diese Verknüpfungen symbolischer und materieller Grenzbeziehungen zu beschreiben und immer im Blick zu behalten. In den drei Teilen 'Selbst- und Fremdbilder', 'Kulturen im Konflikt' und 'Modelle des Zusammenlebens' spannt Rommelspacher einen weiten Bogen, der sowohl die psychischen Investitionen des Einzelnen in solche Bilder und Wir-und-

sie-Unterscheidungen als auch die tiefen Verwurzelungen dieser Diskurse und Machtverhältnisse in der christlich-europäischen Geschichte beschreibt. Dass nur die Auseinandersetzung mit den Diskursen und Praktiken der Vergangenheit auch ein Verständnis gegenwärtiger Ambivalenzen ermöglicht, verdeutlicht beispielsweise das Kapitel 'Kultur-Geschlecht-Religion. Am Beispiel der Kopftuchdebatte'. In den Schlusskapiteln wendet sich Rommelspacher Kanada und den USA zu und gibt damit Einblicke in unterschiedliche politische Konzepte des Multikulturalismus. Überzeugend plädiert sie für eine Politik der Anerkennung, die gleichermaßen Pluralisierung und Egalisierung beinhaltet und als solche nicht nur den Diskursen symbolischer Ausgrenzung und des Rassismus entgegentritt, sondern sich durch eine aktive Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik auch mit politischen, rechtlichen und ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen auseinandersetzt. 'Anerkennung und Ausgrenzung' sei dringend zur Lektüre empfohlen, auch wenn – oder gerade weil – man am Ende aufgrund der Menge des angeführten interdisziplinären Materials zahlreiche Markierungen zum Weiterlesen in Rommelspachers Literaturverzeichnis vorgenommen haben wird.

T.Q.

Vergleichende Rezension



Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hg.)
Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute? Über Rechtsextremismus, Rassismus und Zivilcourage. Prävention für Schule und Bildungsarbeit
 Frankfurt (Brandes & Apsel) 2003
 ISBN 3-86099-766-1
 EURO 14,90, 173 Seiten



Ulrike Kloeters (ARIC)
Bausteine – Antirassismustrainings in der Jugendarbeit
 Duisburg (ARIC) 2002
 EURO 6,00 zzgl. EURO 2,00 Porto und Verpackung, 158 Seiten, A4
 Bezug über ARIC NRW
 Gravelottestr. 18
 47053 Duisburg

Rechtsextremismus und Rassismus gehören zusammen. Ein wesentliches Feld, in dem diesen beiden Phänomenen entgegengetreten werden kann, ist die Jugendarbeit. Im Gegensatz zu Wilhelm Heitmeyers These, dass Belehrungen gegen Erfahrungen nicht ankommen, wird in diesen beiden Publikationen davon ausgegangen, dass es vielmehr von der „Verfügbarkeit entsprechender Interpretationsmuster ab[hängt; FJ], die rational begründet sein müssen und von der politischen Jugendbildung vermittelt werden können“ (Christoph Butterwegge im Vorwort). Beide Bände unterteilen sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil, in dem verschiedene Spiele vorgestellt werden. Beide Bücher wurden aus der Praxis erarbeitet. In „Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute?“ sind die Methoden aus einem Projekt gleichen Namens der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank entstanden, und Ulrike Kloeters arbeitet u.a. in der Jugend- und Erwachsenenbildung im Bereich des Antirassismus. Die vorgestellten Methoden sind in der Praxis vielfach erprobt und wissenschaftlich durch das DISS evaluiert worden. Die Bedeutung solcher Bücher ist für die pädagogische Arbeit nach wie vor

eine sehr große, denn nur mit dem entsprechenden Vorwissen kann Rassismus und Rechtsextremismus begegnet werden. Die beiden hier besprochenen Arbeiten stellen sowohl eine theoretische Grundlage für Trainer und Übungsleiter als auch praktische pädagogische Spiele und Projekte zur Verfügung, um dieses Vorwissen unter Jugendlichen zu bilden, zur Verfügung. Beiden Autoren geht es weniger darum, dezidiertes Wissen mit den Methoden zu vermitteln, sondern es soll die Auseinandersetzung mit der Thematik angeregt werden. „Ein Training ist kein 'Angel-Maker'! Es gilt als Angebot, Anregung und Impuls.“ (so Ulrike Kloeters)

Es geht nicht nur um „Angebot, Erkenntnis und Impuls“, sondern immer auch darum, Zivilcourage zu zeigen und dem Rassismus entgegenzutreten, in welcher Form er auch immer in Erscheinung tritt. Hierzu bieten beide Bände auch Bausteine des Argumentationstrainings. Obwohl beide Bücher ihren bereits betonten Stellenwert besitzen, favorisiere ich Ulrike Kloeters Buch, da sie den Alltagsrassismus in den Mittelpunkt stellt und Rassismus nicht allein als ein Problem ansieht, das man bei Rechtsextremen antrifft.

F.J.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft in Nordrhein-Westfalen

Wissenschaftliche Kommunikation und Ko-
operation im Forschungsfeld Frieden

Gegründet 1995 in Folge der Empfehlungen der im Auftrag des Wissenschaftsministeriums NRW erstellten Studie „Zum Stand der Friedenswissenschaft an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens“

Arbeitsschwerpunkte

- Förderung der Kommunikation und der Kooperation zwischen Wissenschaftler/innen des Landes im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung;
- Durchführung von Projekten zur Förderung interdisziplinärer friedenswissenschaftlicher Lehre an verschiedenen Hochschulen des Landes;
- Entwicklung des friedenswissenschaftlichen Weiterbildungsstudiums;
- Initiierung und fachliche Beratung von Arbeitskreisen, u.a. des AK „Medien und Krieg/Frieden - Deeskalierende Kriegs- und Friedensberichterstattung“;
- Konzeptionelle und organisatorische Vorbereitung/Durchführung von Fachkolloquien und öffentlichen Veranstaltungen;
- Kooperationen mit anderen friedenswissenschaftlichen Organisationen und Einrichtungen im deutschsprachigen Raum;
- Öffentlichkeitsarbeit und Serviceleistungen (Bibliothek, Referent/-innenkartei).

Folgende Projekte wurden in den letzten Jahren u.a. durchgeführt

- Konzeptionierung und Organisation der Tagung „Ausbildung und Kooperation im Bereich innergesellschaftliche zivile Konfliktbearbeitung“ i. A. der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
- Friedenswissenschaftliche Lehrprojekte im Rahmen des Landesprogramms „Qualität der Lehre“
- Erstellung der kommentierten Bibliographie „Deeskalierende Kriegs-/Friedensberichterstattung“
- Koordination des kooperativen zweisemestrigen Studiengangs „Friedens- und Konfliktforschung“

Infos unter

LAG Friedenswissenschaft
FernUniversität Hagen
Im Dünningbruch
58084 Hagen
Tel./Fax: 02331/987-4797
e-mail: lag.friedenswissenschaft@fernuni-hagen.de

Totaler Sieg im Krieg

Franz Januschek

Alle einigermaßen wachen Deutschen wissen, wer das deutsche Volk auf den „totalen Krieg“ eingeschworen hat und wie das endete. Deshalb war es auch völlig klar, was Deutschen einfallen würde, wenn ihnen die Medien berichten, der amerikanische Präsident habe in einer Rede den „totalen Sieg“ (im „Krieg gegen den Terrorismus“) gefordert. (FAZ und FR vom 28.8.03) Dies war eine Anspielung, die überhaupt keiner weiteren journalistischen Erläuterungen bedurfte. Solche Erläuterungen konnten sich die Journalist*innen* somit ersparen; und der Gefahr, ein ähnliches Schicksal zu erleiden wie die Ministerin Däubler-Gmelin nach ihrem Bush-Hitler-Vergleich, mussten sie sich nicht aussetzen. Und doch haben sie zu verstehen gegeben, wie sie (und sicherlich sehr viele Deutsche) die US-Politik sehen. Das sprachtheoretisch Interessante dabei ist, dass nicht der Urheber der Äußerung die Anspielung gemacht hat, sondern diejenigen, die nichts weiter taten, als diese Äußerung, ins Deutsche übersetzt, wiederzugeben. Denn *total victory* reimt sich nicht auf *total war*, wohl aber *totaler Sieg* auf *totaler Krieg*. Dem Präsidenten Bush kann man auch kaum viel Wissen über deutsche Geschichte und deutsche Sprache unterstellen (vielleicht hat ihm sein Opa mal etwas über die guten Geschäfte erzählt, die man mit den Nazis machen konnte), so dass er die Brisanz seiner Formulierungen sicher nicht ahnte. (Vielleicht hat allerdings Rumsfeld, dessen Familie aus Deutschland stammt, dem Redenschreiber vorher etwas gesteckt, um auszuprobieren, was diskursiv möglich ist. Das hatte auch Jörg Haider vor Jahren getan, als er vom „totalen Krieg gegenüber der freiheitlichen Opposition“ sprach und damit in Österreich einen großen Skandal in den Medien auslöste.)

„Dickbrettbohren“

Tagung des Verfassungsschutzes zur Neuen Rechten

Helmut Kellershohn

Innenministerium und Verfassungsschutz (VS) des Landes Nordrhein-Westfalen veranstalteten am 8. Oktober 2003 in Düsseldorf eine politisch nicht unumstrittene Tagung zur sogenannten „Neuen Rechten“ (NR). Die Überlegungen, die der Tagung zugrunde lagen und aus der Sicht des VS für sie sprachen, werden in einer *Pressemitteilung* offen angesprochen: Der VS möchte mit einer intellektuell „aufgerüsteten“ Mitarbeiterschaft und verstärkter Öffentlichkeitsarbeit sein Verständnis vom „Schutz unserer Verfassung“ unter die Leute bringen und sich als „Ansprechpartner für Wissenschaft, Medien und politische Bildung“ profilieren.

Im Hintergrund dieser Offensive steht der seit Jahren anhaltende Konflikt mit der rechtsintellektuellen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF), die sich zu Unrecht vom VS-NRW beobachtet fühlt. Derzeit strebt sie eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts an, um die Beobachtung unterbinden zu lassen.

Im Vorfeld der Tagung hatte die JF denn auch schwere publizistische Geschütze aufgeföhren, um anhand der Liste der eingeladenen Referenten das Gespenst einer Zusammenarbeit von Linksextremisten und Verfassungsschützern aufzubauen. Im Fadenkreuz der Anwürfe, die von CDU-Politikern und der „Welt am Sonntag“ unterstützt wurden, standen der Journalist und bekannte Rechtsextremismus-Experte Anton Maegerle (der dann allerdings wegen ei-

nes Unglücksfalles in der Familie absagen musste) und Christoph Butterwegge, seines Zeichens Professor an der Universität Köln. Den Höhepunkt der Kampagne bildete ein Interview der JF mit dem Klüngel-Forscher Erwin K. Scheuch, in dem dieser seinem Kollegen Butterwegge die wissenschaftliche Reputierlichkeit absprach.

Es stand also einiges auf dem Spiel, was die Resonanz der Tagung in der mediopolitischen Öffentlichkeit anbetrifft. Der CDU-Fraktionssprecher Norbert Ness kündigte schon mal eine Nachfrage im nordrhein-westfälischen Landtag an (WAZ 8.10.03). Da passte es den Veranstalter ganz gut in den Kram, dass der ehemalige Redakteur und langjährige Autor der JF, Götz Kubitschek (Institut für Staatspolitik, Edition Antaios) seine Nerven nicht im Zaum halten wollte. Gezielt versuchte er nach der einleitenden Rede des Innenministers Fritz Behrens und dann noch einmal nach der Rede des Politikwissenschaftlers Kurt Sontheimer einen Eklat zu provozieren, indem er die Linksextremismus-Anwürfe wiederholte, Meinungsfreiheit reklamierte und den Innenminister quasi ultimatativ zu einer Stellungnahme aufforderte. Nachdem dies nicht gelungen war, verabschiedete sich Kubitschek von der Veranstaltung und demonstrierte damit, dass es ihm im wesentlichen nur um die Schlagzeile „Verfassungsschutz verbietet Vertreter der Neuen Rechten das Wort“ gegangen war. Der „Spiegel“ nannte das Vorgehen

Kubitscheks mit Recht „plump“. Im Anschluss daran propagierte Kubitschek in der JF die neue Strategie: „Ab heute stehen die Rechten für *Sit-ins* und *Teach-ins*“.

Die theoretischen Grundlagen in Sachen „Neue Rechte“ boten nach den Eröffnungsreden Referate von Wolfgang Gessenharter, Professor an der Bundeswehrhochschule Hamburg, und Dr. Thomas Pfeiffer, wobei letzterer die Sichtweise des VS-NRW vertrat. Während Gessenharter sich auf die Bezüge zwischen Carl Schmitt und der heutigen NR kaprizierte und die Vorbildfunktion von dessen Demokratieverständnis herausarbeitete, versuchte Pfeiffer einen allgemein gehaltenen Überblick zu geben. Dabei fiel auf, dass sich der VS der in der Rechts-Extremismusforschung in den verschiedensten Varianten kursierenden These von der Mittelstellung der NR zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus *nicht* anschließt. Hier spielt sicherlich die das Handeln des VS bestimmende juristische Perspektive eine zentrale Rolle. Justiziabel sind eben nur mehr oder weniger eindeutige Zuordnungen von Aussagen, Handlungen, Organisationen zum extremistischen, außerhalb des Rahmens der Verfassungsordnung stehenden Lager. Insofern muss der VS das Etikett „Neue Rechte“ denjenigen vorbehalten, die sich als „intellektuelle Strömung *innerhalb* des Rechts-Extremismus“ identifizieren lassen. Als Merkmale der solchermaßen verorteten NR führte



Siegfried Jäger/Jobst Paul (Hg.)
 »Diese Rechte ist immer noch
 Bestandteil unserer Welt«
 Aspekte einer neuen Konservativen
 Revolution

354 Seiten
 19,90 EURO
 ISBN 3-927388-78-5
 2001

Natürlich haben wir es heute nicht mehr mit Faschismus zu tun; doch es ist auch nicht zu bestreiten, dass sich Elemente völkisch-nationalistischen und neu-konservativen Denkens bis in die Gegenwart gehalten haben oder wiederbelebt wurden.

Dieser Band präsentiert die Ergebnisse eines DISS-Colloquiums, das der Frage nachging, ob Deutschland angesichts von Globalisierung und Rechtsentwicklung »eine neue Konservative Revolution« (Pierre Bourdieu) ins Haus stehe. Die Beiträge wurden ergänzt durch einige aktuelle Artikel, so etwa durch einen Beitrag des israelischen Historikers Zeev Sternhell und Jürgen Links Thesen zu den Ereignissen des 11. September 2001.

Weitere Autorinnen:

Alex Demirovic, Martin Dietzsch, Adi Grewenig, Rolf Dieter Hepp, Margret Jäger, Siegfried Jäger, Sabine Kergel, Clemens Knobloch, Matthias Küntzel, Wolfgang Lutz, Jobst Paul, Thomas Müller, Heribert Schiedel, Alfred Schobert

Pfeiffer an: (1.) intellektueller Anspruch (Avantgarderolle) ; (2.) Rückgriff auf antidemokratische Theoretiker der Weimarer Republik (Konservative Revolution); (3.) Versuch, gesellschaftliche Diskurse zu prägen und Begriffe zu besetzen (Streben nach kultureller Hegemonie); (4.) Bemühen um eine „Erosion der Abgrenzung“ zwischen rechtsextremistischen und demokratischen Kräften (Brückenbildung zur gesellschaftlichen Mitte); (5.) informelle Struktur (vorwiegend Formierung in Diskussionsrunden und im Umfeld publizistischer Organe). Pfeiffer betonte, dass die NR zwar eine heterogene Strömung sei und in punkto Breitenwirkung bislang nur begrenzt Erfolg gehabt habe, dennoch sei, so sein Resümee, die NR „eine häufig unterschätzte Gefahr für die Demokratie“.

Nach der Mittagspause verteilte man sich auf vier Arbeitsgruppen, die einzelne Aspekte vertiefen sollten. In der Abschlussdiskussion trafen Rechtsextremismusforscher wie Wolfgang Gessenharter, Christoph Butterwegge, Uwe Backes und der Leiter des VS-NRW Hartwig Möller aufeinander. Besonders die Auseinandersetzung zwischen dem von der JF heftig angefeindeten Butterwegge und dem totalitarismustheoretisch argumentierenden Uwe Backes (Hg. des Jahrbuchs „Extremismus & Demokratie“) war mit Spannung erwartet worden. Backes versuchte in gewohnter Manier, das Spektrum der Neuen Rechten aufzuspalten und die JF, um die es in der Diskussion im Wesentlichen ging, von dem von ihm so genannten „intellektuellen Rechtsextremismus“ abzugrenzen. Er empfahl dem VS, sich auf die intellektuellen Rechtsextremisten zu beschränken und auf eine Beobachtung der JF zu verzichten.

Butterwegge dagegen machte am Beispiel des bevölkerungspolitischen Diskurses deutlich, wie neu-rechte Ideologeme in die Mitte der Gesellschaft eindringen. In diesem Kontext sieht er die Bedeutung der JF und das von ihr ausgehende Gefahrenpotential. Zudem betonte er, wie schon des öfteren, dass die NR heute „nicht mehr alternativlos einer völkischen Blut-und-Boden-Romantik verhaftet“, sondern von einer neoliberalen Grundhaltung aus „markt-, wettbewerbs- und leistungsorientiert“ sei. Man argumentiere standort-, nicht völkisch-nationalistisch. Folgte man Butterwegge, dürften freilich Alain de Benoist oder Karlheinz Weißmann nicht als Neue Rechte bezeichnet werden.

Die Rechtsextremismusforschung hat also, das zeigte die Diskussion, ein erhebliches Problem, ihr Untersuchungsobjekt genauer zu umreißen bzw. ihre Klassifikationsmodelle zu begründen. Das gilt aber sicherlich auch für viele andere Forschungsbereiche und ist daher kein Argument gegen diese Forschung. Auf eine Gefahr sei allerdings abschließend hingewiesen: eine Rechtsextremismus-Forschung, die sich primär als Auftragsforschung bzw. Politikberatung verstünde, verlore ihre Fähigkeit zur kritischen Distanz gegenüber dem, was sie erforschen will. Da klingt die Feststellung Hartwig Möllers zur Arbeit des VS fast schon wie eine gelungene Beschreibung des Forschungsalltags: „Wir arbeiten hier nicht mit verdeckten Mitteln. Wir observieren niemanden. Das Mittel der ‚Neuen Rechten‘ ist ja die Publikation von Büchern und Zeitschriften. Wir analysieren alles und lesen zwischen den Zeilen. Und darüber berichten wir ausführlich.“ „Dickbrettbohnen“ nannte Möller das.

„Braune Horden unter den Symbolen des Guten“

Alfred Schobert

Martin Hohmann, Bundestagsabgeordneter der CDU, hat sich in den vergangenen Jahren als rechter Ultra bereits einen Namen gemacht. Nun verbreitet Horst Mahler eine Hohmann-Rede in einer Mailingliste. Seit seinem antisemitischen Coming out im Dezember 1997 erreicht Mahler als Antisemit und Holocaust-Leugner immer neue Spitzenwerte auf der nach oben offenen Verrücktheits-Skala. Wenn er nun Hohmann attestiert, dieser habe „Mut“ doch „noch nicht den vollen Durchblick [sic]“, dann muss sich in besagter Rede schon eine gehörige Portion Antisemitismus finden. Da die Rede hält, was Mahler verspricht, kamen bei Beobachtern der Cyber-Nazi-Szene zunächst Zweifel an ihrer Echtheit auf. Vielleicht war es auch die Hoffnung, es könne doch nicht wahr sein, dass ein CDU-Parlamentarier derart auf Nazi-Diktion zurückgreift, so, wenn er den „einzelne(n), den man früher Schmarotzer genannt hätte“, geißelt. Die Zweifel hielten nicht lange: auf der Homepage des CDU-Kreisverbandes Neuhofer fand sich Hohmanns Neuhofer Rede vom 3. Oktober.

„Gerechtigkeit für Deutschland“ ist Hohmanns Thema. So widmet er sich eingangs der Sozialpolitik, genauer angeblichem Sozialmissbrauch. „Wie viele Menschen in Deutschland klopfen ihre Pläne und Taten auch darauf ab, ob sie nicht nur eigennützig, sondern auch gemeinschaftsnützig sind sie der Gemeinschaft nützen, ob sie unser Land voranbringen?“ Ist das

schlecht eingedeutschter Kennedy? Oder geht Hohmann im Kampf gegen Parasiten am Volkskörper „Gemeinnutz immer vor Eigennutz“, wie es im 25-Punkte-Programm der NSDAP hieß? Vor dem Begriff „Volksgemeinschaft“ schreckt Hohmann zurück. Aber er meint: „Das Wir-Denken, die Gemeinschaftsbezogenheit, müssen [...] zweifellos gestärkt werden.“ Das geht bekanntlich am besten durch Abgrenzung gegen vermeintlich Fremdes.

Hohmann hegt den „Verdacht, daß man als Deutscher in Deutschland keine Vorzugsbehandlung zu genießt“ (sic!). Er belegt ihn unter Rückgriff auf seine parlamentarische Arbeit und erwähnt einige Anfragen an die Bundesregierung, deren Beantwortung ihn „nachdenklich“ gemacht habe. „Nachdenklich“ macht Hohmann u.a., dass die Bundesregierung sich nicht für die Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter einsetzen wolle. Schließlich macht ihn „nachdenklich“, dass die Bundesregierung nicht dem Vorschlag folgen wolle, „angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Steuereinnahmen [...] ihre Entschädigungszahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (also an – vor allem jüdische – Opfer des Nationalsozialismus) der gesunkenen Leistungsfähigkeit des deutschen Staates anzupassen“. Der von der Bundesregierung bekundete „Respekt vor dem damaligen Leiden dieser Menschen“, der es „gebiete, das Entschädigungsniveau uneingeschränkt aufrechtzuer-

halten“, macht Hohmann „nachdenklich“.

Er sieht da wohl eine „Schiefelage“, wünscht er sich doch „einen Konsens [...], wie er in vielen anderen Ländern“ bestehe, nämlich: „Der eigene Staat muß in erster Linie für die eigenen Staatsbürger da sein.“ Dass diese Maxime hier nicht gelte, führt Hohmann auf die deutsche Geschichte zurück. So ergibt sich zugunsten sozialpolitischer Gerechtigkeit die Notwendigkeit geschichtspolitischer Operationen. Zwar bekräftigt Hohmann, „kein Kundiger und Denkender“ könne „ernsthaft den Versuch unternehmen, deutsche Geschichte weißzuwaschen oder vergessen zu machen“. Doch das ist lediglich Rhetorik, um desto heftiger dafür zu streiten, dass diese deutsche Vergangenheit keine moralischen und politischen Konsequenzen mehr haben möge. Und kämpfen müsse man, denn: „Immer wieder erfahren wir, wie stark die 12 Jahre der NS-Vergangenheit bis in unsere Tage wirksam sind.“

Das Treiben der Neonazis meint Hohmann damit nicht: Ganz umgehen kann er dieses Thema allerdings nicht. Doch als Pflichtübung führt es zu halsbrecherischer Denk-Akrobatik: „Das Häufchen seiner [Hitlers] Adepten am rechtsextremen Rand der politischen Szene ist nicht zu verharmlosen.“ Schlimm genug, dass der Satz sich über die verharmlosende Rede vom „Häufchen“ selbst dementiert. Hohmann setzt noch eins drauf: „Nicht die braunen Horden, die sich unter den Symbolen des

Guten sammeln, machen tiefe Sorgen.“ Es mag zwar sein, dass man gelegentlich But und Göse leicht verwechseln kann. Hohmanns Rede gibt aber Anlass zu der Befürchtung, dass er manche Transparente jüngerer Nazi-Aufmärsche („Opi war kein Verbrecher“), tatsächlich für „Symbole des Guten“ hält.

Während die Hitler- und Strasser-Jungs Hohmann keine Sorgen bereiten, macht ihm „eine allgegenwärtige Mutterzerstörung im nationalen Selbstbewusstsein, die durch Hitlers Nachwirkungen ausgelöst wurde“, allerdings „schwere Sorgen“. Die „Schuld von Vorfahren“ an den „Menschheitsverbrechen“ habe „fast zu einer neuen Selbstdefinition der Deutschen geführt“. Deren Zentrum sei „der Vorwurf: die Deutschen sind das ‘Tätervolk’. An diesem Bild werde mit „neurotischem Eifer“ gearbeitet. Oder aber für ein deftiges Autorenhonorar – als besonders schlimmes Beispiel dafür nennt Hohmann einen „amerikanische[n] Junior-Professor (Daniel Jonah Goldhagen)“. Hohmann hätte auch gleich ‘der Jude Goldhagen’ sagen können, denn im folgenden schlägt er exakt diesen Ton an und heftet den auftretenden historischen Personen mehrfach ein Substitut des gelben Sterns an („der Jude Felix Teilhaber“ usw.).

Gegen all die, die „fast neurotisch auf der deutschen Schuld beharren“ (wie Hohmann Pfarrer Joachim Gauck zitiert) stellt er „die provozierende Frage: Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschließlich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte oder waren Juden ausschließlich die Opfer, die Leidtragenden?“ Zur Beantwortung greift Hohmann ausgerech-

net auf Henry Fords Buch „The International Jew“ zurück. „Darin“, so Hohmann, „prangert Ford die Juden generalisierend als ‘Weltbolschewisten’ an. [...] Ford brachte in seinem Buch eine angebliche ‘Wesensgleichheit’ von Judentum und Kommunismus bzw. Bolschewismus zum Ausdruck.“

Hohmann weiß, dass er hier auf ideologischen Sprengstoff gestoßen ist. Er spricht von „Thesen, die für unsere Ohren der NS-Propaganda vom ‘jüdischen Bolschewismus’ ähneln“. Statt aber den Kampfmittelräumdienst zu verständigen, hantiert Hohmann mit seinem Fund herum. Ausgiebig liefert Hohmann, gestützt auf ein Buch von Johannes Rogalla von Bieberstein, weitere vermeintliche Belege für die antisemitische These vom „jüdischen Bolschewismus“ und kommt zu folgendem Ergebnis: „Mit einer gewissen Berechtigung könnte man im Hinblick auf die Millionen Toten dieser ersten Revolutionsphase nach der ‘Täterschaft’ der Juden fragen. Juden waren in großer Anzahl sowohl in der Führungsebene als auch bei den Tscheka-Erschießungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als ‘Tätervolk’ bezeichnen.“

Es gehört freilich zu Hohmanns demagogischem Geschick, dass er hier nur, grammatisch korrekt im Konjunktiv, ein hypothetisches Zwischen-Ergebnis formuliert. Zwar hat er lang und breit (die Passage umfasst zirka ein Viertel des gesamten Redetextes) die nazistische Propaganda vom jüdischen Bolschewismus reproduziert und „die Juden“ als „Tätervolk“ gebrandmarkt, aber das soll alles nur ein Gedankenspiel gewesen sein – man kennt diese Schreibtechnik von Ernst Nolte.

Hohmann präsentiert abschließend ein „Tätervolk“, das aus (in großer Zahl jüdischen, von Gott abgefallenen) Bolschewisten und Nazis besteht, deren „verbindendes Element“ die „religionsfeindliche Ausrichtung und die Gottlosigkeit“ gewesen seien. „Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts.“ Gegen „das Böse“ dieser Art sieht Hohmann Gott auf seiner Seite – einen Gott mit nationaler Präferenz: „Mit Gott in eine gute Zukunft besonders für unser deutsches Vaterland!“

Diese auf Deutschland zentrierte christlich-abendländische Akzentuierung der Totalitarismusthese Ernst Noltes kann allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass die CDU in Gestalt ihres Abgeordneten Hohmann ein massives Antisemitismus-Problem hat.



Siegfried Jäger

**Kritische Diskursanalyse
Eine Einführung**

2., überarbeitete und erweiterte Auflage, 403 Seiten, EURO 23,00
ISBN 3-927388-40-8, 2001

Kritische Diskursanalyse, inspiriert von den Schriften Michel Foucaults und orientiert an kultur- und literaturwissenschaftlichen Analyse- und Interpretationsverfahren, erfreut sich zunehmender Beliebtheit in allen Disziplinen, die mit Texten zu tun haben. Die vorgelegte 2. Auflage stellt eine erheblich erweiterte und überarbeitete Fassung der Ausgabe von 1993 dar. Insbesondere die vielfache empirische Erprobung dieses Konzepts in Projekten des DISS und an anderer Stelle war die Grundlage für eine intensive Überarbeitung dieses Lehrbuches.

Sozialstaat - Ja bitte, nein danke!

Rechte Gedanken zum Abbau des Sozialstaats

Helmut Kellershohn

Die so genannte Neue Rechte (NR) hat ein Problem: die wichtigsten Prozesse in diesem Lande laufen weitgehend ohne sie ab. Sie muss sich mit der undankbaren Rolle desjenigen begnügen, der die Vorgänge interpretiert und je nach Sichtweise kritisiert oder absegnet. Das gilt speziell in Hinblick auf die derzeitige „Reform“ des Sozialstaates - nicht gerade ein Lieblingsthema der NR. In der Ausgabe vom 26. September 2003 der „Jungen Freiheit“ (JF) erhalten Gastautor Eberhard Straub (den man im eigentlichen Sinne nicht als der NR zugehörig betrachten kann) und die JF-Redakteurin Angelika Willig Gelegenheit, ihre Positionen zum Sozialstaatsproblem zu umreißen. Die Debatte hat exemplarischen Charakter.

„Sozialstaat retten“

Der Historiker Straub (Jg. 1940) war bis 1986 Feuilletonredakteur der FAZ und bis 1997 Pressereferent des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Er gehörte zu den „Zitelmännern“, die in den 90er Jahren der Nation einen Schnellkurs in Sachen „Selbstbewusstsein“ zu verpassen suchten. Seine Hauptsorge gilt denn auch der Nation und ihrer Legitimationsgrundlage, der Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger. Mit Tocqueville warnt er sowohl vor den „lähmenden Wirkungen eines demokratischen Wohlfahrtsstaates ohne die korrigierende Freiheit“ als auch vor dem Wirken der „neue[n] Aristokratie [...]

des Geldes“. Deren Freiheit sei „keiner sittlichen Idee verpflichtet, nur Ausdruck des immer beweglichen und nach Vermehrung drängenden Kapitals“. Freiheit und Gleichheit stünden in einem Spannungsverhältnis zueinander, und es bedürfe einer Instanz, die beides miteinander vermittele und ausbalanciere. Tocqueville habe daher die Aufnahme der Idee der sozialen Gerechtigkeit in die Staatszielbestimmung befürwortet, da „der freie Markt und die freie Konkurrenz [...] aus sich heraus keine gerechten Verhältnisse schaffen“ könnten. „Die Freiheit des Wirtschaftsliberalismus“, so Straub, entfalte sich „wohlütig“ [!] nur unter der Voraussetzung, „dass sie auf übergeordnete Ziele und Aufgaben verpflichtet“ wird.

Diese Vision eines nationalen Sozialstaates, der „mit seiner Vernunft [!] rein ökonomischen, eigennütigen Interessen“ als Freiheit und Menschenwürde schützende Ordnungsmacht entgegentritt, mag hoffnungslos idealistisch klingen; sie greift auf traditionell wertkonservative und konservativ-etatistische Vorstellungen vom „Staat als sittlicher Idee“ zurück. Gleichwohl verweist Straub auf einen wichtigen Punkt, den er denjenigen politischen Kräften, die am Projekt des Nationalstaats gegen die Entwicklung eines europäischen Bundesstaates festhalten wollen, ins Stammbuch schreibt: die Wirkmächtigkeit der nationalen Idee sei aller historischen Erfahrung nach daran gebunden,

dass die Strukturen der Klassengesellschaft durch Egalisierungsprozesse in politischer und sozialer Hinsicht gemildert und soziale Mobilität ermöglicht werden könnten. Mit Blick auf die CSU hält er daher die ehemals propagierte Parole „Freiheit oder Sozialismus“ für kontraproduktiv.

„Sozialstaat abbauen“

Den neoliberalen Gegenpart zu Straub übernimmt die mit einer Arbeit über Jaspers und Heidegger promovierte Philosophin Angelika Willig (Jg. 1963). Am Neoliberalismus interessiert die JF-Redakteurin freilich weniger die ökonomische Argumentation gegen angeblich marktfremde Eingriffe von Seiten des Sozialstaates oder Gewerkschaften, auch wenn sie wie selbstverständlich das Klage lied über die hohen Lohn- und Lohnnebenkosten sowie die hohe Regulierungsdichte in Deutschland („halbsozialistisches System der Umverteilung“) anstimmt. Ihr Hauptaugenmerk richtet sie vielmehr auf die mentale und politische Verfasstheit der Nation. Von der „neue[n] deutsche[n] Faulheit“ ist die Rede, und Frechheit, Dummheit, Respektlosigkeit, Dreistigkeit, Undiszipliniertheit, Oberflächlichkeit seien quer durch alle Volksschichten, „vom Ministerialdirigenten bis hinunter zum Sonderschüler“, die ganz normalen deutschen Tugenden. Von wegen „anständiges Volk“! Da hilft nur noch die Solidarität der Leistungswilligen und Lei-

stungsstarken. Diese Leistungselite aber habe ein Problem: Sie sei unfähig, „ihre sozial privilegierte Stellung moralisch zu rechtfertigen“! Hier will Willig aushelfen. Ihre Forderung nach „radikale[r] Streichung“ sozialstaatlicher Zuwendungen verknüpft sie mit einem radikalen Angriff auf das bundesrepublikanische Demokratieverständnis.

Nicht Tocqueville ist ihr Gewährsmann, sondern der unerwähnt bleibende Ludwig von Mises, der einer der ideologischen Erzväter der radikal-liberalen Zeitschrift „*eigentümlich frei*“ um Andre F. Lichtschlag ist und neuerdings auch in der JF wiederentdeckt wird. Man versteht sich in diesem Kreis als „libertär“ und möchte mit allen Marktradikalen, Anarchisten [!] und Kapitalisten dem Staat den Kampf ansagen. Eigentümlicherweise hat man keine Berührungsängste, sich mit Preußenfans, jungkonservativen Etatisten usw. an einen Tisch zu setzen. Diesbezüglich empfiehlt sich ein Blick in die Darstellung des Liberalismus von v. Mises: „Das Programm des Liberalismus hätte [...], in ein einziges Wort zusammengefasst, zu lauten: Eigentum, das heißt: Sondereigentum an den Produktionsmitteln.[...] Alle anderen Forderungen des Liberalismus ergeben sich aus dieser Grundforderung.“ (Ludwig v. Mises: *Liberalismus*, Jena 1927, S. 17) In politischer Hinsicht bedeutet das: Ist die kapitalistische Eigentumsordnung gefährdet, hat der Nachwächterstaat ausgedient, schränkt der „halbsozialistische“ Interventionsstaat die Bewegungsfreiheit des kapitalistischen „Sondereigentums“ zu stark ein, darf es für Ludwig von Mises eben auch der Faschismus sein, um für Abhilfe zu sorgen. Denn „der

Faschismus und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen ...[haben] für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet [...]. Das Verdienst, das sich der Faschismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben.“ (ebd., S. 45)

Bei Willig riecht es zwar nicht nach Mussolini, aber ähnlich: Die Wende zum Besseren könne in Deutschland nicht von Konservativen und Rechtspopulisten, überhaupt nicht von der Politik, sondern „nur von der Wirtschaft“ selbst ausgehen. Warum? – Mit schuld an der Misere des Sozialstaats sei in Deutschland das Demokratieverständnis. Man nehme es hier viel zu „genau“, jede Stimme zähle gleich, „egal wie viel ihr Besitzer“ leiste. Und statt wie in den USA Demokratie als einen formalen, unpolitischen Entscheidungsmechanismus zu verstehen, vertrete man hier die Idee, „dass die Gleichheit des Stimmzettels sich in einer sozialen Gerechtigkeit realisieren müsse“. Demgegenüber sei die Wirtschaft grundsätzlich „antidemokratisch“ strukturiert, es gebe keine Mehrheitsentscheidungen, keine „Mitleidsideologie“, sondern eine „natürliche Rangordnung“ von oben nach unten. Und mit Blick auf völkische Idealisten unter den JF-Lesern empfiehlt sie den „autoritären Staat [...], der die Gaben streng“ verteile. Alle Macht dem „freien Unternehmertum“, Wirtschaftsfachleute in ein Notstandskabinett – so Willigs Devise.

Sinn der Debatte

Die Debatte zwischen Straub und Willig ist in mehrfacher Hinsicht interessant. *Erstens* zeigt sich an ihr eine gewisse Abstraktheit und ‘Ideologielastigkeit’ der Argumentation. Es

geht mehr um Sinnstiftung und Orientierung, um das Setzen von ‘Duftmarken’ als um die konkrete Analyse einer konkreten Situation. Natürlich fühlt und weiß man sich im Willen zum Einsatz für die Nation verbunden, aber über die Definition der aktuellen Belange der Nation, ja selbst über das Grundverständnis von Nation, gehen die Positionen doch ziemlich auseinander. Während Straub an einem staatlich vermittelten Gesellschaftsvertrag bzw. an einem konstitutionellen Verständnis von Nation festhält, transformiert Willig die Bürger-Nation in eine Art Führer-Gefolgschaftsverhältnis.

Zweitens: Die Funktion der Debatte besteht offensichtlich darin, die Bandbreite strategischer Optionen im Übergangsfeld zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus nicht zu leugnen, sondern im Gegenteil sie aller erst deutlich zu konturieren. Das hat durchaus exemplarischen Charakter und verweist auf das Selbstverständnis der Neuen Rechten (bzw. der JF). Es geht ihr darum, über einen Prozess der Vermittlung die Differenzen zwischen den diversen Strömungen im besagten Übergangsfeld abzuflachen und an einem ideologischen Block zu arbeiten, der in der Lage ist, das politische Koordinatensystem der Republik nach rechts zu verschieben.

Rechtsextreme Agitation im Ruhrgebiet

Das DISS hat im Auftrag des Düsseldorfer Versorgungsamtes eine systematische Sichtung der Publizistik der extremen Rechten im Ruhrgebiet vorgenommen. Es stellten sich zwei Organe als für die Thematik bedeutend heraus: die Zeitschrift *Freiheit Wattenscheid* und das nur im Subkultur-Underground erhältliche Blatt *Förderturn*.

Im Abgleich mit anderen Aktivitäten der extremen Rechten im Revier und den organisatorischen Zusammenhängen der Periodika (Redaktion, Förderer, Anzeigenkunden usw.) wurde eine Übersicht über Themen und journalistische Mittel erstellt, auf deren Grundlage exemplarische Feinanalysen durchgeführt wurden. Sie widmeten sich den regionalspe-

zifischen Themen wie Regionalgeschichte mit völkisch-nationalistischem bzw. NS-Bezug, Arbeit und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet (auch als Vorgabe für Identitätsbildung), „Heidentum“ und Germanentümelei mit Regionalbezug (*Freiheit Wattenscheid*). Zentrale Themen wie „Kulturrevolution von rechts“ und „Globalisierungskritik von rechts“, die in der bisherigen Forschung nur lückenhaft untersucht worden sind, wurden gesondert herausgearbeitet.

Die Empfehlungen zur Prävention rechtsextremer Agitation, die sich insbesondere an kommunale und regionale HandlungsträgerInnen richten, wie auch die Textanalysen sind auf unserer homepage www.uni-duisburg.de/diss nachzulesen.

Xenos-Projekt Kick im Kopf

Seit März 2003 ist das DISS mit der Evaluation des Europa-Projektes KICK IM KOPF – Vielfalt in Deutschland, befasst, welches Anfang 2002 startete und bis Ende 2004 laufen wird. Hierbei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt zwischen der FH-Düsseldorf - Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus und der Georg-Simon-Ohm Schule Berufskolleg 13 der Stadt Köln im Rahmen des XENOS-Programmes. Das Berufskolleg verfügt über einen Vollzeit- und ein Teilzeitbereich, welcher hauptsächlich im Medienbereich spezialisiert ist. Ziel des Projektes ist es, soziale Ausgrenzungsphänomene zu beleuchten und mit den SchülerInnen Strategien zu erarbeiten, diesen entgegenwirken zu können. Der Zwischenbericht zeigt, dass diese Phänomene von den SchülerInnen zwar als gesellschaftliche Wirklichkeit wahrgenommen und in den Fragebögen auch als „erlebt“ beschrieben werden, diese gesellschaftliche Wirklichkeit aber bei persönlichen Gesprächen von der Realität abgekoppelt wird - Ausgrenzungsprozesse finden statt, aber nicht bei uns. Die Auswertung der Interviews hingegen zeigt, dass die SchülerInnen in ihrem Alltag Ausgrenzungsprozesse sehr wohl erleben, diese aber häufig verdrängen bzw. umdefinieren. In der Restlaufzeit soll das Projekt durch den Einbezug anderer Schulen, auch im Osten Deutschlands, ausgeweitet werden.
I.T.

Gegen beleidigte Resonanzen:

Medienbild Israel

Aus dem Projekt des DISS zum Thema „Medienberichterstattung zur Zweiten Intifada“ (September 2000 bis August 2001) ist ein Buch hervorgegangen, das inzwischen im Münsteraner LIT-Verlag erschienen ist. Der Band hat einen Umfang von 368 Seiten und kostet 25,00 Euro.

Nachdem die Kurzfassung des Projektberichts teilweise kritische, manchmal sogar beleidigte Resonanz in den Medien erfahren hatte, besteht damit die Gelegenheit, die Argumentation differenziert nachzuvollziehen. Es zeigte sich, dass die Print-Medien sowohl Israelis wie Palästinenser oft sehr unkritisch-negativ darstellten, wobei auch Anschlussstellen an rassistisches und antisemitisches Denken zu beobachten waren.

Bestelladresse:

LIT-Verlag, Greverer Str 179, 48159 Münster
Tel. 0251-235091, e-mail: vertrieb@lit-verlag.de



Margarete Jäger / Siegfried Jäger (Hg.)

**Medien im Krieg
Der Anteil der Printmedien an
der Erzeugung von Ohnmachts-
und Zerrissenheitsgefühlen**

301 Seiten
18,00 EURO
ISBN 3-927388-79-3
2002

Im Krieg der NATO gegen Jugoslawien haben die Medien eine herausragende Rolle gespielt. Sie haben dazu beigetragen, Zustimmung, mindestens aber Hinnahme des Krieges im Massenbewusstsein zu erzeugen. Durch ihre immer wieder beteuerte Haltung, Fakten bringen zu wollen, dies aber nicht zu können, durch die ständige Präsentation erschütternder Bilder, konnten sich Hilflosigkeit und Ohnmachtsgefühle ausbreiten, obwohl der Krieg durch die Bevölkerung weitgehend abgelehnt wurde. Daran konnten auch die kritischen Stimmen in den Medien nichts ausrichten.

Fünf Aspekte werden herausgearbeitet:

- Die angebliche Unvermeidbarkeit des Krieges
- Die Kritik am Krieg
- Die Funktion der Bilder
- Die Diskussion der militärischen und politischen Strategien
- Die Sicht der Medien auf ihre Rolle im Krieg

An deutschen Bahnhöfen:
Nation statt Demokratie

Wer an einem Bahnhofskiosk nach Lektüre für die Zugfahrt sucht, findet in der Abteilung Wochenzeitungen - oftmals ausgerechnet neben der JÜDISCHEN ALLGEMEINEN und dem FREITAG - die JUNGE FREIHEIT. Wer diese Zeitung öffentlich als rechtsextrem bezeichnet, muss damit rechnen, dass ihm erstaunte Personen entgegen, dies sei doch ein durchaus seriöses Blatt, ein wenig „konservativ“, ein wenig „umstritten“ ja, aber doch interessant und keineswegs demagogisch. Da wir mit solchen Entgegnungen in letzter Zeit häufiger zu tun bekommen, entschlossen wir uns, nach dem von Helmut Kellershohn bereits 1994 herausgegebenem Band „Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der JUNGEN FREIHEIT“ erneut eine Analyse der Zeitung vorzunehmen. Es zeigte sich: Die Nation als überhöhte Abstammungsgemeinschaft wird weiterhin gegen das neuzeitliche Konzept von Demokratie mobil gemacht. „Nation statt Demokratie“ ist das durchgängige Motto. Die JUNGE FREIHEIT bewegt sich, mal getarnt, mal mit offenem Visier im rechten Grenzraum des Verfassungsbogens und be-

treibt Woche für Woche intellektuelle Aufrüstung gegen die moderne demokratische Gesellschaft, die als „dekadente Spaßgesellschaft“ abqualifiziert wird.

Das Buch ist soeben erschienen und kann über den Buchhandel bestellt werden.

Martin Dietzsch / Siegfried Jäger / Helmut Kellershohn / Alfred Schobert

Nation statt Demokratie. Sein und Design der „Jungen Freiheit“

243 Seiten, 19,80 EURO, ISBN 3-927388-84-X, 2003



Edition DISS im Unrast-Verlag Münster

Der Beirat des DISS hat sich entschlossen, die Bücher des DISS zukünftig (ab 2004) als „edition DISS“ im Unrast-Verlag Münster erscheinen zu lassen. Dieser kleine, aber leistungsfähige Verlag kann höhere Auflagen für unsere Bücher erzielen. Von der Kooperation mit ihm versprechen wir uns eine erhebliche Arbeitserleichterung. Die damit frei werdenden Kapazitäten, die bisher durch Herstellung und Vertrieb absorbiert wurden, können so für die wissenschaftliche Arbeit

„gegen den Strich“ zum Einsatz kommen.

Alle DISS-Bücher - soweit noch nicht vergriffen - sind also ab 1.1.2004 über den Unrast-Verlag in Münster zu beziehen. Die Adresse lautet

Unrast-Verlag
Am Hawerkamp 11
Postfach 8020
D - 48043 Münster
Telefon: 0251/666293
Fax: 0251 666120
eMail: info@unrast-Verlag.de
www.unrast-verlag.de

Erfreulich, aber ausbaubar: Der Förderkreis des DISS

Wissenschaftliche Arbeit, besonders solche, die sich nicht dem Mainstream unterwirft, hat ihren Preis. Das DISS führt immer wieder auch nicht durch Fördermittel unterstützte Projekte durch, wie etwa das Projekt „BrandSätze“, das Projekt „Biomacht“ u.a. Es sind gerade solche unabhängigen Projekte, die, weil sie sich dem hegemonialen wissenschaftlichen Diskurs widersetzen, nicht oder nur in geringem Maße durch Forschungsmittel der großen Forschungsförderungsinstitutionen unterstützt werden. Solche Projekte werden nicht zuletzt durch den *Förderkreis* ermöglicht, der seit seiner Gründung 1987 wesentlich dazu beiträgt, die laufenden Infrastrukturkosten des Instituts aufzubringen.

Für das Jahr 2003 gibt es dazu Erfreuliches zu berichten: Der Förderkreis des DISS hat sich in diesem Jahr erheblich erweitert. Das ermöglicht uns trotz auch finanziell immer schwieriger werdender Zeiten, unsere Arbeit gegen den diskursiven Strich aufrechtzuerhalten und - in bescheidenem Maße - auch zu erweitern. Dazu beigetragen hat eine kleine Aktion, durch die wir die Teilnehmerinnen an unseren seit 1987 jährlich durchgeführten workshops und Colloquien angeschrieben und zum Beitritt zu unserem Förderkreis gebeten haben.

An die Leserinnen dieses DISS-Journals richten wir daher auch die Bitte:

Werden Sie Mitglied im Förderkreis des DISS.

Sie erhalten das zweimal im Jahr erscheinende DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den jährlichen wissenschaftlichen Colloquien des DISS eingeladen. Die Beiträge (ab 10 Euro monatlich) sind steuerlich absetzbar, und Sie erhalten automatisch jährlich eine Spendenquittung. Wir erbitten die Beiträge auf das Konto 209011667, Stadtparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

Wir schicken Ihnen gerne ein Beitrittsformular zu.



Krieg ohne Ende?

Sonderheft Irak-Krieg 2003
DISS-Journal und
kultuRRevolution
42 Seiten A4, 5,00 EURO

Im Zentrum dieses Heftes steht die „Initiative Intelligente De-Eskalationsstrategie“. Ergänzt wird dieser Schwerpunkt durch Beiträge zum Krieg im deutschen Mediendiskurs sowie Länderberichte über Italien, Spanien, Japan und Frankreich. Die Sondernummer versteht sich als Angebot an die Friedensbewegung zur Diskussion in (vorübergehend) ruhigeren Zeiten.

Anzufordern beim DISS



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)

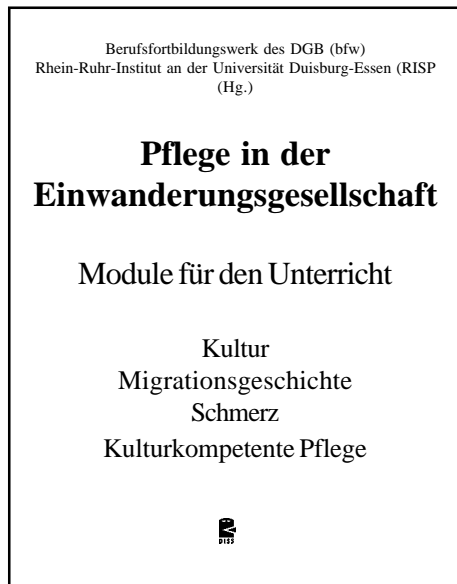
Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland

308 Seiten, 19,90 EURO, ISBN 3-927388-83-1, 2002

Aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Blickwinkeln werden Gesetzesvorschriften, Praxen und Verfahrensweisen vorgestellt und kritisiert, denen Einwanderer und Flüchtlinge in Deutschland begegnen und die beseitigt werden müssen, wenn eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik nicht zum Etikettenschwindel verkommen soll.

Rechtsstreit mit der JUNGEN FREIHEIT

Nachdem das DISS die JUNGE FREIHEIT im Frühjahr 2003 zu einer Gegendarstellung veranlassen konnte, ist sie der gerichtlichen Verpflichtung, die unrichtigen Behauptungen in Zukunft zu unterlassen, nicht nachgekommen. Bis zu unserer Intervention waren die inkriminierten Passagen weiterhin im elektronischen Archiv der JUNGEN FREIHEIT nachzulesen. Das DISS hat Klage erhoben.



Neu erschienen

Berufsbildungswerk
des DGB (bfw) /
Rhein-Ruhr-Institut an der
Universität Duisburg-
Essen (RISP) (Hg.)
**Pflege in der Ein-
wanderungsgesellschaft**

128 Seiten DIN-A-4
17,00 EURO
ISBN: 3-972388-85-8
(September 2003)



Bisher konnten Lehrkräfte für den Unterricht in kulturkompetenter Pflege nicht auf systematische Unterrichtsmaterialien zurückgreifen. Das Buch schließt diese Lücke. Es bietet Hintergrundwissen und Vorschläge zur Gestaltung des Unterrichts.

Im Hinblick auf die bedarfsgerechte Versorgung von älteren Migranten ist es grundlegend, die *Migrationsgeschichte* der eingewanderten Menschen zu kennen. Das Modul *Kultur* liefert Hintergründe dazu, was darunter zu verstehen ist, wie kulturelles Handeln entsteht, wie es zu Unterschieden kommt, was diese bedeuten und welche Fehlinterpretationen bzw. Missverständnisse hieraus entstehen können.

Ein weiteres Modul ist in der alltäglichen Pflegepraxis angesiedelt. *Schmerz* ist hier ein wichtiges Thema. Hier existieren unter Pflegenden besonders viele Vorurteile, gleichzeitig sind die Forschungsergebnisse im Hinblick auf kulturelle versus individuelle Besonderheiten im Schmerzerleben relativ eindeutig. Das Modul *Kulturkompetente Pflege* schließlich umfasst Grundwissen über Demographie und Lebensbedingungen von altgewordenen Arbeitsmigrantinnen, Ansätze für eine kulturkompetente Pflegepraxis sowie ein Konzept interkultureller Kompetenz in der Pflege.

Eva Kaewnetara / Hans Uske (Hg.)

Migration und Alter
Auf dem Weg zu einer kulturkompetenten Altenarbeit
Konzepte – Methoden – Erfahrungen

167 Seiten, 14,80 EURO, ISBN 3-927388-77-7, 2001

Seit den 80er Jahren wird darüber diskutiert, was passieren muss, wenn Arbeitsmigrantinnen ins Rentenalter kommen. Die Probleme, die für die Betroffenen, die Gesellschaft und die Einrichtungen der Altenhilfe entstehen, sind prognostiziert und es herrscht weitgehend Konsens über einen entsprechenden Handlungsbedarf.

So haben sich Verantwortliche in politischen Institutionen, Wohlfahrtsverbänden und auch in der Forschung damit beschäftigt, wie Angebote der Altenhilfe dieser Situation gerecht werden können und wie sich die Bedürfnisse von älteren Migrantinnen in die bestehenden Strukturen einpassen lassen.

Dazu wurde eine Reihe von Modellversuchen installiert, in denen neue Wege einer für Migrantinnen offenen oder speziell auf sie bezogenen Altenhilfe erkrankt wurden. Ihre Erfahrungen und Ergebnisse sind jedoch bisher kaum veröffentlicht, wichtiges Know-how geht so verloren.

Das Buch „Migration und Altenhilfe“ beabsichtigt, die in solchen Projekten aufgefundenen Antworten zu dokumentieren, einzuordnen und für die Praxis zugänglich zu machen. Es enthält Beispiele erfolgreicher Praxis und Reflexionen der damit zusammenhängenden Probleme.



Hans Uske / Michael Heveling-Fischell / Waldemar Mathejczyk

Risiko Migration
Krankheit und Behinderung durch Arbeit

140 Seiten, 14,00 EURO
ISBN 3-927388-81-5, 2001

Migrantinnen arbeiten im Durchschnitt unter höheren Arbeitsbelastungen, sie verunglücken öfter bei der Arbeit und sind häufiger schwerbehindert. Anhand aktueller Daten der Krankenkassen, der Rentenversicherung und der Berufsgenossenschaften wird der Frage nachgegangen, warum es heute noch ein besonderes Risiko für Migrantinnen gibt und was dagegen zu tun ist.